

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts

I A 5-82.00/94.09/3497/65 VS-vertraulich

28. Oktober 1965¹

Betr.: Unterredung des Herrn Bundesministers mit dem britischen Botschafter, Sir Frank Roberts

Der Herr Bundesminister empfing heute um 12.10 Uhr den britischen Botschafter auf dessen Wunsch zu einem Gespräch. Dabei wurden folgende Punkte behandelt:

1) Reise des Herrn Bundesministers nach London²

Der britische *Botschafter* übergab einen Brief des britischen Außenministers Stewart an den Herrn Bundesminister.³ Der Herr *Minister* bedankte sich für den sehr freundschaftlichen Brief und stellte eine Beantwortung in den nächsten Tagen in Aussicht.⁴ Daran schloß sich ein Gespräch über den Termin eines Besuchs des Herrn Ministers in London an. Aus Gründen der Wirtschafts-,⁵ Finanz- und Steuerpolitik⁶ sei es notwendig geworden, den Termin für die Regierungserklärung im Bundestag zu verschieben. Vielleicht werde die Regierungserklärung⁷ am 10. November, vielleicht auch schon am 5. November stattfinden können. Dies sei jedoch nicht sicher. Daran werde sich mindestens

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Frank am 28. Oktober 1965 gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg über Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder geleitet.

Hat Carstens am 29. Oktober 1965 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung eines Durchdrucks an die Botschaft in London verfügte.

Hat Schröder am 3. November 1965 vorgelegen, der Ministerialdirigent Simon um Rücksprache bat. Dazu vermerkte Simon handschriftlich für Frank, gemäß Rücksprache mit Schröder solle die Botschaft in London eine korrigierte Fassung der Gesprächsaufzeichnung erhalten. Frank bestätigte am 4. November 1965 die Übermittlung an Botschafter Blankenhorn, London.

² Bereits am 19. Oktober 1965 äußerte der britische Botschafter Roberts gegenüber Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg, „die britische Regierung erwäge, den Bundesaußenminister für etwa Mitte November nach London einzuladen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 576 von Meyer-Lindenberg an die Botschaft in London; VS-Bd. 2508 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

Zum britischen Interesse an einem Gedankenaustausch mit Bundesminister Schröder vgl. auch Dok. 401.

³ Außenminister Stewart gratulierte zur Wiederernennung zum Bundesminister des Auswärtigen. Er äußerte den Wunsch, die bisherige enge Zusammenarbeit fortzusetzen bzw. zu vertiefen, und sprach die Hoffnung aus, daß Schröder in naher Zukunft zu Gesprächen nach London kommen werde. Vgl. das Schreiben vom 26. Oktober 1965; Ministerbüro, Bd. 218.

⁴ Am 3. November 1965 dankte Bundesminister Schröder für die Glückwünsche und versicherte, zu der beiderseits begrüßten guten Zusammenarbeit „gerne in jeder Weise beitragen“ zu wollen. Er gab ferner seiner Freude über die bevorstehende Gelegenheit zum Gespräch mit seinem britischen Kollegen Ausdruck. Vgl. Ministerbüro, Bd. 218.

⁵ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

⁶ Zu den Entscheidungen der Bundesregierung hinsichtlich des Bundeshaushalts 1966 vgl. Dok. 409, Anm. 4.

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 10. November 1965 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 60, S. 17–33.

eine Woche später die⁸ Debatte anschließen.⁹ Durch den Buß- und Betttag¹⁰ werde die Debatte wahrscheinlich¹¹ noch verzögert. Es sei daher nicht leicht, ein Reiseprogramm zu machen. Der normale Konsultationstermin mit den Franzosen im Oktober¹² sei verschoben worden. Schließlich gebe es noch ein drittes Problem in diesem Zusammenhang, nämlich den¹³ Besuch in Washington, dessen Termin insbesondere¹⁴ vom Gesundheitszustand des amerikanischen Präsidenten¹⁵ abhängen. Wir wüßten nicht, ob der Besuch noch im November oder erst im Dezember stattfinden könne.¹⁶ Ende November sei auch wieder ein Ministerrat der EWG¹⁷ vorgesehen. Ob zwischen der Debatte im Bundestag über die Regierungserklärung und der Reise nach Paris ein Termin für den Besuch in London freigemacht werden könne, sei noch offen. Die persönliche Neigung des Herrn Ministers gehe dahin, zwischen dem Zeitpunkt der Regierungserklärung und der Durchführung der Debatte nach London zu fahren, aber dies werde wohl sehr schwierig sein.

Der britische *Botschafter* wies darauf hin, daß ein Gespräch zwischen dem Herrn Minister und Außenminister Stewart höchst wünschenswert sei. Wichtige Themen und auch Mißverständnisse stünden zur Klärung an.¹⁸ Außenminister Stewart würde es begrüßen, wenn für die Unterredungen ein ganzer Tag vorgesehen werden könnte. Deshalb habe er auch London vorgeschlagen. Seine Terminvorschläge seien entweder der 8. November oder der 16. November. Am 16. November fände das jährliche Bankett der deutsch-englischen Gesellschaft in London statt. Es wäre schön, wenn der deutsche Außenminister dabei sein könnte.

Der Herr *Minister* erwiderte, daß der 8. November für ihn praktisch unmöglich sei. Auch müsse die normale französische Konsultation wohl vorher¹⁹ stattfinden. Dies sei aber vor dem 8. 11. nicht möglich. Er werde versuchen, nach dem 11. 11. nach Paris²⁰ und dann nach London²¹ zu fahren.

⁸ Die Wörter „später die“ wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

⁹ Die Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 10. November 1965 wurde vom 29. November bis 2. Dezember 1965 im Bundestag erörtert. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 60, S. 82–389.

¹⁰ 17. November 1965.

¹¹ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

¹² Die Wörter „im Oktober“ wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

¹³ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „der“.

¹⁴ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Nach einer Operation verbrachte Präsident Johnson einen mehrwöchigen Genesungsurlaub auf seiner Ranch in Stonewall, Texas. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 248 vom 25. Oktober 1965, S. 4.

¹⁶ Für die deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 20. Dezember 1965 in Washington vgl. Dok. 465–469.

¹⁷ Zur Tagung des EWG-Ministerrats am 29./30. November 1965 in Brüssel vgl. Dok. 462, Anm. 3.

¹⁸ Korrigiert aus: „heran“.

¹⁹ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „noch“.

²⁰ Für die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. November 1965 vgl. Dok. 413, Dok. 414 und Dok. 416.

²¹ Der Besuch wurde zunächst für den 16. November 1965 vorgesehen, jedoch am 15. November 1965 auf britischen Wunsch um drei Tage verschoben, da Außenminister Stewart an der Debatte der

Der britische *Botschafter* wies darauf hin, daß

a) Herr Stewart am 29. November nach Moskau fahre²²; er habe ein Interesse, noch vorher mit dem deutschen Außenminister zu sprechen;

b) Ende November wichtige Gespräche der Verteidigungsminister in Paris stattfinden würden.²³ Die von den Verteidigungsministern behandelten Themen seien denen ähnlich, die auch die Außenminister zu behandeln hätten. Dies sei ein Argument für einen Besuch in London vor Ende November;

c) auch der WEU-Ministerrat in Den Haag²⁴ eine Möglichkeit zu Gesprächen biete.

Der Herr *Minister* wiederholte, daß der Termin vom Datum der Regierungserklärung abhängt. Dann stelle sich die Frage, ob zwischen Regierungserklärung und Debatte sich eine Möglichkeit für die Reise nach London ergebe.

Der britische *Botschafter* machte dann den Vorschlag, daß die beiden Außenminister sich am Morgen des 5. November in Den Haag sprechen, da ja die Ministerratstagung wahrscheinlich nur einen Tag dauern werde (4. 11.).

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß die Regierungserklärung vielleicht am 5. November stattfinden werde.

2) Britische Vorschläge zum Andenken an den Besuch der Königin²⁵

Der britische *Botschafter* übergab einen zweiten Brief, in dem Vorschläge darüber enthalten sind, wie das Andenken (little commemoration) an den Besuch der Königin wachgehalten werden könne.²⁶ Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß er diese Vorschläge auf erste Sicht ausgezeichnet finde, sie aber noch mit seinen Mitarbeitern besprechen möchte. Er werde dann darauf antworten.²⁷ Der britische *Botschafter* erzählte, daß ihm die Königin damals gesagt

Fortsetzung Fußnote von Seite 1652

UNO-Generalversammlung in New York über die Rhodesien-Frage teilnahm. Vgl. dazu den Artikel „Stewart soll in New York bleiben“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 267 vom 16. November 1965, S. 1. Zu den Besuchsvorbereitungen vgl. auch Referat I A 5, Bd. 286.

Für die Gespräche des Bundesministers Schröder am 19. November 1965 mit Premierminister Wilson und Außenminister Stewart vgl. Dok. 422–424.

²² Der britische Außenminister hielt sich bis zum 3. Dezember 1965 in Moskau auf. Vgl. dazu Dok. 447.

²³ Zur ersten Tagung des Special Committee am 27. November 1965 vgl. Dok. 437.

²⁴ Die Tagung fand am 4. November 1965 statt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 228.

²⁵ Zum Besuch von Königin Elizabeth II. vom 18. bis 28. Mai 1965 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 239.

²⁶ Mit Schreiben vom 27. Oktober 1965 informierte Botschafter Roberts über zwei von Königin Elizabeth II. gebilligte Anregungen: „These proposals are that there should be an annual lecture, entitled 'The Queen's Lecture', which will be given in Berlin by a prominent British personality as nearly as possible on the anniversary of Her Majesty's visit there. [...] The second proposal to mark the visit of Her Majesty to the English Seminar of the University of Bonn, a prize called 'The Queen's Prize', will be awarded annually to the most outstanding student of the Department of English.“ Vgl. Ministerbüro, Bd. 218.

Bereits am 22. Oktober 1965 hatte der britische Botschafter Bundespräsident Lübke die Vorschläge vorgetragen und eine offizielle Initiative gegenüber der Bundesregierung angekündigt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung des Mitarbeiters im Bundespräsidialamt, Müller, vom 26. Oktober 1965; Büro Staatssekretär, Bd. 390.

²⁷ Mit Schreiben vom 9. November 1965 teilte Bundesminister Schröder dem britischen Botschafter

habe: „Ich möchte, daß Prinz Charles, wenn er eines Tages nach Deutschland kommt, etwas vorfindet, was ihn an meinen Besuch erinnert.“

3) Vertiefung und Ausdehnung der deutsch-britischen Konsultationen²⁸

Der britische Botschafter erklärte, daß der Vorschlag zur Vertiefung und Ausdehnung der deutsch-britischen Konsultationen²⁹ von britischer Seite sehr begrüßt werde.³⁰ Er sei ganz im Sinne „unserer Ideen“.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß wir eine Übersicht über die Gremien, in denen bereits Konsultationen stattfinden würden, angefertigt hätten.³¹ Auch beim Besuch der Königin und von Premierminister Wilson³² sei das Thema angesprochen worden. Wir sollten die Überlegungen darüber fortsetzen, welches wesentliche Anlässe für die Konsultationen sein könnten.

Der britische *Botschafter* warf ein, daß die Ministertreffen in den letzten Monaten „nicht so zahlreich“ gewesen seien.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß es Ende Juni in Luxemburg³³ zu einem Gespräch gekommen sei. Auch solle man ein bewegliches System von Zusammenkünften anstreben. Dies ergebe sich auch aus der gemeinsamen Mitgliedschaft in bestimmten Organisationen. Die Zusammenarbeit in der WEU habe schon eine Verbesserung im Verhalten der Sieben gebracht. Generell hielten wir alles, was an Konsultation im³⁴ europäischen Bereich geschehe, für nützlich. Der Wunsch nach Zusammenarbeit und ein entsprechender Geist seien

Fortsetzung Fußnote von Seite 1653

mit, die Bundesregierung begrüße und unterstütze die britischen Vorschläge zur Bewahrung des Andenkens an den Besuch der Königin Elizabeth II. in der Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. Ministerbüro, Bd. 218.

Das Schreiben wurde vor der Übermittlung an Botschafter Roberts von Bundespräsident Lübke und Bundeskanzler Erhard gebilligt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Loeck vom 10. November sowie den handschriftlichen Vermerk des Ministerialdirigenten Simon vom 11. November 1965; Ministerbüro, Bd. 218.

²⁸ Vgl. dazu zuletzt Dok. 260.

Zu den deutsch-britischen Gesprächen vgl. auch Dok. 331 und weiter Dok. 405.

²⁹ Nach Abschluß der im Juni 1965 aufgenommenen internen Überlegungen hinsichtlich einer Intensivierung der Konsultationen mit der britischen Regierung wurde Botschafter Blankenhorn, London, am 4. Oktober 1965 beauftragt, gegenüber Außenminister Stewart eine entsprechende Bereitschaft der Bundesregierung zu bekunden. Dabei sollte er erläutern, daß „nicht an die Schaffung irgendwelcher neuer Institutionen“, sondern an eine „pragmatische Ausweitung“ der Konsultationen gedacht sei. Vgl. den Schrifterlaß des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg; Referat I A 5, Bd. 285.

Der britische Botschafter Roberts wurde am 19. Oktober 1965 von Meyer-Lindenberg über die Initiative unterrichtet. Vgl. den Drahterlaß Nr. 576; VS-Bd. 2508 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

³⁰ Am 18. Oktober 1965 berichtete Botschafter Blankenhorn, London, über das Ergebnis seiner Demarche vom selben Tag. Der Staatssekretär im britischen Außenministerium, Gore-Booth, habe erklärt, „daß er die deutschen Anregungen als ein beglückendes Zeichen der engen deutsch-britischen Beziehungen empfinde“. Die britische Regierung werde die Möglichkeiten für eine praktische Umsetzung „sehr sorgfältig überlegen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1210; VS-Bd. 8446 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu weiter Dok. 424.

³¹ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 13. September 1965; Referat I A 5, Bd. 285.

³² Zum Besuch des Premierministers Wilson vom 8./9. März 1965 vgl. Dok. 122.

³³ Zur WEU-Ministerratstagung am 29./30. Juni 1965 vgl. Dok. 264.

³⁴ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „für das“.

wesentliche psychologische Elemente. Was man tun konnte, sei geschehen und werde weiter geschehen. In diesem Sinne habe man auch mit Haekkerup gesprochen.³⁵ Es sei ihm ein realistisches Bild der Lage in der EWG³⁶ gegeben worden. Für die Erhaltung und Kräftigung des Willens nach europäischer Zusammenarbeit sei das alles sehr wichtig.

4) Non-Proliferation³⁷

Der britische *Botschafter* bemerkte, daß die Non-Proliferation ein Thema für mögliche Besuche sein werde. Lord Chalfont würde gern nach Bonn kommen, um darüber zu sprechen. Er sehe allerdings ein, daß der Termin etwas schwierig sein würde. Für Großbritannien sei es nicht leicht, in den Vereinten Nationen und in der Allianz über dasselbe Thema zu sprechen und „beide Pferde am Zügel“ zu halten.

Der Herr *Minister* meinte, man sollte diese Frage im Licht der Unterhaltung sehen, die er mit Minister Stewart haben werde. Auch der Besuch in Washington spiele hier eine Rolle. Im übrigen würden wir diese Thematik nicht so schnell loswerden.

Der britische *Botschafter* wies darauf hin, daß die deutsche Regierung in dieser Frage auf derselben Linie geblieben sei.

Hieran schlossen sich einige persönliche Bemerkungen des Herrn *Ministers* an.

5) Rhodesien³⁸

Der britische *Botschafter* brachte die Dankbarkeit seiner Regierung zum Ausdruck für all das, was sie an Unterstützung durch die deutsche Regierung erfahren habe. Die britische Regierung hoffe, daß in Rhodesien das Schlimmste verhütet werde. Wenn es zu einer Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens³⁹ komme, so nehme die britische Regierung folgenden Standpunkt ein:

a) Vermeidung militärischer Intervention, auch internationaler Art (UN). Eine solche Intervention würde sehr gefährlich sein.

b) Die Alliierten Großbritanniens sollten keine Beziehungen mit Rhodesien unterhalten.

c) Wirtschaftliche Maßnahmen:

– Ausschluß Rhodesiens vom britischen Kapitalmarkt

– Wirtschaftliche Sanktionen

d) In den Vereinten Nationen müsse Großbritannien initiativ werden und dürfe die Initiative nicht anderen Mächten überlassen. Hierüber sei auch mit den Franzosen gesprochen worden. Deutschland sei zwar direkt nicht beteiligt, aber indirekt an der Frage interessiert. Grundsätzlich sollte man jede

³⁵ Für die deutsch-dänischen Regierungsbesprechungen vom 10. Juni 1965 vgl. Dok. 238.

³⁶ Die Wörter „in der EWG“ wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

³⁷ Zur Haltung der Bundesregierung vgl. zuletzt Dok. 386, zur britischen Haltung vgl. zuletzt Dok. 401.

³⁸ Zur Krise um Rhodesien vgl. zuletzt Dok. 390.

³⁹ Für den Wortlaut der Erklärung vom 11. November 1965 vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 67 f.

Aktion vermeiden, die unter Kapitel VII der VN-Charta⁴⁰ falle. Man sollte aber alles tun, was unter Kapitel VI der Charta⁴¹ möglich sei. Eine Resolution im Rahmen des Kapitels VI der Charta würde von Großbritannien als ausreichend betrachtet werden.⁴²

Der Herr *Minister* wies abschließend darauf hin, daß wir an der Frage zwar⁴³ nicht unmittelbar interessiert, aber doch interessiert seien. Es habe manchmal Vorteile, nicht Mitglied von Organisationen zu sein.

Auf die Terminfrage des Besuchs zurückkommend, sagte der Herr Minister, der 8. November sei als Termin ganz unwahrscheinlich. Er frage sich, ob der 16. November oder ein ähnliches Datum in Frage komme. Sicher aber sei, daß der Besuch erst nach dem 8. November möglich sein werde. Bis Anfang nächster Woche werde die Terminfrage klar sein.

Ende des Gesprächs: 12.45 Uhr

VS-Bd. 2451 (I A 5)

404

Botschafter Allardt, Madrid, an das Auswärtige Amt

I A 4-82.00/94.26/3538/65 VS-vertraulich

28. Oktober 1965¹

Betr.: Die Nahost-Krise und die spanische Vermittlungsaktion

Bezug: Bericht vom 3. September 1965 – I A 4-83.00/65 –

Nachdem über die von deutscher Seite erbetene spanische Vermittlungsaktion bei der Nahost-Krise mehr als ein Halbjahr verflossen ist, scheint es mir an der Zeit, den Verlauf der Angelegenheit so nachzuzeichnen, wie er sich aus hiesiger Sicht ergibt.²

Da der Botschaft nur ein Bruchteil des für das Verständnis des Fragenkomplexes erforderlichen Materials zugänglich war, muß das Resultat der Sichtung notwendigerweise subjektiv und lückenhaft sein. Andererseits hat die

⁴⁰ Für den Wortlaut des Kapitels „Action with respect to threats to the peace, breaches of the peace, and acts of aggression“ (Artikel 39–51) vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 262–308.

⁴¹ Für den Wortlaut des Kapitels „Pacific settlement of disputes“ (Artikel 33–38) vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 237–261.

⁴² Zur Erörterung der Rhodesien-Frage in der UNO vgl. auch Dok. 414, besonders Anm. 8, und Dok. 423, besonders Anm. 4–6.

⁴³ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

¹ Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 10. Dezember 1965 vorgelegen, der handschriftlich die Referate I A 4 und I B 4 um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schwörbel am 17. Dezember 1965 vorgelegen.

² Zum Verlauf der Vermittlungsbemühungen vgl. auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 11. Februar 1965; VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Nerva-Mission im deutsch-spanischen Verhältnis Spuren hinterlassen, die unsere Aufmerksamkeit verdienen.

I. Am Abend des 2. Februar 1965 wurde die Botschaft angewiesen (Drahterlaß vom 2. Februar, Nr. 14, geh.³), bei der spanischen Regierung um Vermittlung in der durch die Einladung Ulbrichts nach Kairo⁴ entstandenen Krise der deutsch-arabischen Beziehungen zu bitten. Bevor dieses Anliegen in meiner Abwesenheit durch meinen Vertreter, Botschaftsrat Dr. Breuer, offiziell dem Außenministerium am 3. Februar vorgetragen wurde⁵, war der spanische Außenminister⁶ über seinen Botschafter in Bonn⁷ von der Angelegenheit bereits unterrichtet worden und hatte – gleichfalls über seine Bonner Botschaft – seine Bereitschaft bekundet, den Leiter der Abteilung für Internationale Organisationen im Außenministerium, Marques de Nerva, unverzüglich nach Kairo zu entsenden. Dieser Entschluß wurde Herrn Breuer bei seiner Vorgesprache bei dem Leiter der politischen Abteilung, Herrn Sedo, und Marques de Nerva am 3. Februar dahingehend ergänzt, daß letzterer noch am gleichen Tage nach Kairo abreisen werde. Herr Breuer erläuterte die der Krise zugrundeliegende Problematik, das von der Bundesregierung erstrebte Verhandlungsziel (Absage oder zumindest Verschiebung des Ulbricht-Besuches⁸) und die dabei zu verwendende Argumentation (gemäß Drahterlaß Nr. 14 vom 2. Februar).

Marques de Nerva reiste am gleichen Tage ab und hielt sich bis zum 12. Februar in Kairo auf. Die dort geführten offiziellen Gespräche sind aus den Drahtberichten de Nervas an das hiesige Außenministerium bzw. meinen Drahtberichten an das Auswärtige Amt⁹ bekannt.

Nach dem letzten Gespräch Nervas mit Ministerpräsident Ali Sabri (vgl. Drahtbericht Nr. 36 vom 11. 2. 1965¹⁰), dessen Inhalt in dem Entwurf eines Briefwechsels zwischen dem spanischen Botschafter in Kairo und Ali Sabri¹¹ sei-

³ Vgl. dazu Dok. 59, Anm. 2.

⁴ Zur Einladung des Staatsratsvorsitzenden der DDR durch Präsident Nasser vgl. Dok. 84.

⁵ Zu den Gesprächen mit den Abteilungsleitern im spanischen Außenministerium, Sedo und Marques de Nerva, vgl. den Drahtbericht Nr. 17 des Botschaftsrats I. Klasse Breuer vom 3. Februar 1965; VS-Bd. 422 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

⁶ Fernando M. Castiella y Maiz.

⁷ José de Erice y O'Shea.

⁸ Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

⁹ Vgl. dazu Dok. 59.

Vgl. ferner den Drahtbericht Nr. 22 vom 5. Februar 1965; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁰ Vgl. dazu Dok. 59, Anm. 12.

¹¹ Am 14. Februar 1965 übermittelte Botschafter Allardt, Madrid, den englischen Wortlaut des Schreibens, das Botschafter de Lojendio am 10. Februar 1965 „als Resultat [der] Vermittlungsgespräche nach vorheriger Abstimmung mit Ali Sabri an letzteren geschrieben habe“. Darin wurde festgestellt, daß die Bundesregierung entschieden habe, keine neuen Verpflichtungen für Waffenlieferungen an Israel zu übernehmen, daß sie auf Verständnis hoffe, „that Germany is not an ‚internationally free‘ country to decide by itself, in this question“, und daß es sich bei den noch in der Durchführung befindlichen Hilfeleistungen für Israel nicht um „war material“ handle. Demgegenüber habe die ägyptische Regierung versichert, keine Anerkennung der DDR zu beabsichtigen, Drohungen oder Pressekampagnen gegen die Bundesrepublik zu unterlassen und den geplanten Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht in der VAR zu beschränken „to the limit of a

nen Niederschlag gefunden hat, erhielt Nerva die Weisung, abzureisen. Auf dem Rückflug nach Madrid vereinbarte er in Rom telefonisch mit seinem Minister, sich zunächst zur Berichterstattung nach Bonn zu begeben. Dort wurde er am 12. Februar von Herrn Staatssekretär Professor Carstens empfangen¹² und kehrte unmittelbar danach nach Madrid zurück. Wie aus meinem Drahtbericht Nr. 39 vom 13. Februar¹³ hervorging, war man hier über die geringe Publizität, die das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nervas Besuch in Bonn gab, ebenso enttäuscht wie über die zurückhaltenden Formulierungen des Sprechers der Bundesregierung und den Umstand, daß Nerva nicht auch vom Bundesaußenminister empfangen worden war. Ebenso enttäuschten meine Hinweise, daß man von einem Erfolg seiner Mission wohl kaum sprechen könne, und schließlich der – mir erstmalig mit Erlaß vom 22. April 1965¹⁴ zur Kenntnis gelangte – Dankesbrief des Herrn Bundesaußenministers vom 20. Februar 1965, der nur von den „Bemühungen“ Nervas sprach.¹⁵

Hier meinte man hingegen, daß die Schnelligkeit, mit der man in Madrid der deutschen Bitte entsprochen habe, die sofortige Entsendung eines als qualifizierten Unterhändler bekannten hohen Diplomaten nach Kairo sowie das Resultat seiner instruktionsgemäßen Verhandlungen wohl einer faireren Anerkennung wert gewesen wären. Wenn es Marques de Nerva auch nicht gelungen sei, die ursprüngliche Forderung der Bundesregierung, nämlich Absage des Ulbricht-Besuches oder unbefristete Verschiebung, zu erreichen, so sei dies auch niemand anderem gelungen. Deshalb stellten die in dem Briefwechsel enthaltene Verpflichtung der ägyptischen Regierung, Ulbricht nicht als Staatsgast, sondern nur als „distinguished foreigner“ zu empfangen, der Verzicht auf einen Gegenbesuch Nassers in Pankow und der Verzicht auf die Anerkennung der Zone durch die VAR das äußerst Erreichbare dar. Die amtliche deutsche Reaktion sehe aber eher danach aus, als ob Bonn die spanische Vermittlung als völliges „fracaso“ betrachte. Auch die deutsche Presse habe sie nicht nur nicht anerkannt, sondern sie abgewertet, und ernstzunehmende deutsche Blätter hätten außerdem auch noch die Person des Vermittlers durch die Behauptung verunglimpft, er sei ein international bekannter Waf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1657

simple courtesy call without any political signification“. Darüber hinaus wurde betont: „On the other hand there has never been grounds to suppose a return visit of president Nasser to Pankow.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 41; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

¹² Für das Gespräch vgl. Dok. 73.

¹³ Vgl. dazu Dok. 77, Anm. 4.

¹⁴ Für den Erlaß des Legationsrats I. Klasse Stelzer vgl. Referat I A 4, Bd. 318.

¹⁵ Bereits am 16. März und erneut am 10. April 1965 bat Botschafter Allardt, Madrid, um Unterrichtung über das Schreiben des Bundesministers Schröder vom 20. Februar 1965 an den spanischen Außenminister Castiella. Da sich das Konzept nicht in den Akten befand, vermerkte Legationsrat I. Klasse Stelzer am 21. April 1965 handschriftlich, das Schreiben sei „anscheinend von Herrn Bundesminister oder H[errn] Staatssekretär direkt an den spanischen Botschafter übergeben worden“. Vgl. Referat I A 4, Bd. 318.

Gleichfalls am 20. Februar 1965 beauftragte Staatssekretär Carstens die Botschaft in Madrid, Castiella „für die Bemühungen spanischer Regierung“ zu danken. Vgl. den Drahterlaß Nr. 830; VS-Bd. 2637; B 150, Aktenkopien 1965.

fenschieber.¹⁶ So setzte sich in Madrid der Eindruck fest, die Bundesregierung habe die Beauftragung eines spanischen Emissärs als Fehler erkannt, über den man möglichst rasch zur Tagesordnung übergehen sollte.

Daß dann bei der Auswahl der die deutschen Interessen im arabischen Raum wahrnehmenden Schutzmächte¹⁷ Spanien ausgespart wurde, vertiefte hier die Überzeugung, daß die Nerva-Vermittlung einen spürbaren Mißklang in die deutsch-spanischen Beziehungen gebracht habe, ohne daß man so recht wußte, warum.

Die Schuld dafür wurde keineswegs nur bei der deutschen Seite, sondern auch bei Nerva selbst gesucht, und ihm insbesondere vorgeworfen, er habe den Erfolg seiner Besprechungen durch vorzeitige Interviews gefährdet. (Vgl. Drahtbericht Nr. 66 vom 22. 2. 1965, geh.¹⁸).

Trotzdem ist unverkennbar im spanischen Außenministerium über diese „Failure of a Mission“¹⁹ eine gewisse Bitterkeit zurückgeblieben, die die deutsch-spanischen Beziehungen zwar nicht unmittelbar belastet, deren Berechtigung aber im Interesse des sonst so ausgewogenen Verhältnisses einer sorgfältigen Nachprüfung wert erscheint.

II. Soweit der Tatbestand. Versucht man eine kritische Wertung, gelangt man m. E. zunächst zu dem Schluß, daß der spanische Außenminister und Nerva über die Zusammenhänge viel zu wenig unterrichtet waren. Durch die unmittelbare Kontaktaufnahme des Auswärtigen Amts mit dem spanischen Botschafter²⁰ und die dadurch ausgelöste spontane Reaktion des Außenministers, Nerva sofort in Marsch zu setzen, entfiel auch die Möglichkeit, von hier aus zur Frage der Person des Vermittlers und des *Procedere* Stellung zu nehmen. Sicherlich wäre es empfehlenswert gewesen, ihn vor seiner Reise nach Kairo in Bonn bis ins Detail mit den deutschen Vorstellungen über eine Lösung der Nahost-Krise vertraut zu machen, zumal er als Leiter der Abteilung für internationale Organisationen *ex officio* von den das Verhältnis der Bundesrepublik zum Nahen Osten belastenden vielschichtigen Problemen nichts wissen konnte und auf die Reise geschickt wurde, ohne ihm Zeit zu lassen, sich hinreichend mit ihnen vertraut zu machen. Hinzu kam, daß die spanische Regierung über das Verhältnis Bundesrepublik–Israel ihre eigenen Vorstellungen

¹⁶ Vgl. dazu den Artikel „Marques de Nerva im Waffengeschäft tätig?“; RHEINISCHE POST, Nr. 37 vom 13. Februar 1965, S. 1.

¹⁷ Die Schutzmachtfunktion im Irak, in Syrien, im Sudan, in Jordanien und im Libanon wurde von Frankreich, die in der VAR, in Saudi-Arabien und im Jemen von Italien und die in Algerien von der Schweiz übernommen.

¹⁸ Botschafter Allardt, Madrid, berichtete: „Aus sehr zuverlässiger Quelle verlautet, daß Mission Nervas in letzter Kabinettsitzung behandelt und u. a. auch von Muñoz Grandes gegen ihn der Vorwurf erhoben [worden] sei, seine Rolle in Kairo weniger als Vermittler denn als Schiedsrichter interpretiert zu haben. Außerdem habe er mit seinen Interviews seiner persönlichen Eitelkeit stärker nachgegeben, als es seiner strikt geheim zu haltenden Mission und damit auch den von ihm zu vertretenden deutschen und spanischen Interessen dienlich gewesen sei.“ Vgl. VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁹ So der Titel der Erinnerungen des ehemaligen britischen Botschafters in Berlin. Vgl. Neville HENDERSON, *Failure of a Mission*. Berlin 1937–1939, London 1940.

²⁰ Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 3. Februar 1965; VS-Bd. 2637 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.
Vgl. auch Dok. 59, Anm. 10.

besitzt (s. Berichterstattung²¹) und nicht begreift, daß die jüngste deutsche Vergangenheit die Bundesregierung zu einer besonderen Pflege ihres Verhältnisses zu Israel verpflichtet. Hier denkt man, wie der Außenminister mir gegenüber wiederholt hat durchblicken lassen, insoweit quantitativ und hat wenig Verständnis dafür, daß man zugunsten von 3 Millionen uns nicht wohl gesonnener Israelis die traditionelle Freundschaft von 100 Millionen Arabern aufs Spiel setzt. So kam man hier sicher auch nicht auf den Gedanken, daß eine Beilegung des Konflikts mit Nasser schwerlich auf Kosten Israels erfolgen kann, und Marques de Nerva ging vermutlich mit anderen Vorstellungen auf seine Mission als ein mit genauer Kenntnis aller einschlägigen Probleme vertrauter deutscher Unterhändler. Daß man ihm daraus ebensowenig einen Vorwurf machen kann wie seinem Minister, der auf unsere Wünsche so rasch reagierte, daß diese Lücke nicht mehr zu schließen war, liegt auf der Hand.

Trotzdem hat Nerva sich nach meinem persönlichen Eindruck, dem meiner Mitarbeiter und den mir zugänglichen Unterlagen seiner Aufgabe mit bestem Wissen und Gewissen und offenbar in ständigem Kontakt mit unserem Geschäftsträger in Kairo²² entledigt. Ich kann auch nicht feststellen, daß er inkorrekt oder entgegen erhaltenen Instruktionen gehandelt hätte. (Vgl. Drahtweisung vom 13. 2. 1965 Nr. 28 VS-v²³). Insbesondere der für die Waffenlieferungsfrage entscheidende Satz der Drahtweisung vom 8. Februar, Nr. 20²⁴: – „Nerva kann den Ägyptern sagen, daß nach einer Entscheidung der Bundesregierung neue Verpflichtungen über Waffenlieferungen an Israel nicht eingegangen werden. Damit kehrt die Bundesregierung zu ihrer Politik der Nichtlieferung von Waffen an Spannungsgebiete zurück.“ – ist in Kairo korrekt ins Englische übersetzt und laut Nerva seinem Gesprächspartner Ali Sabri wörtlich vorgelesen worden:

„The Government of the Federal Republic of Germany has decided not to authorise any more arms supplies to Israel adopting again its traditional policy consisting in not sending arms to countries located in areas where peace could be disturbed.“

(Dagegen ist die in der gleichen Drahtweisung enthaltene Formel „Geräte ohne Armierung“ – im spanischen Telegrammtext richtig mit „suministro no belico“ übersetzt – in Kairo mißverständlich mit „not war material“ ins Engli-

²¹ Am 11. Mai 1965 gab Botschafter Allardt, Madrid, entsprechende Äußerungen aus dem Gespräch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier mit dem spanischen Außenminister am selben Tag wieder. Castiella habe u. a. erklärt, „daß für die arabischen Staaten das Israel-Problem die gleiche Bedeutung habe wie die Existenz Ulbrichts für die Bundesrepublik. Unter diesem Aspekt sei die Israel gewährte Waffenhilfe doch wohl ein schwerer Fehler gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 145; VS-Bd. 2443 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

Zur Haltung Spaniens gegenüber Israel vgl. auch Dok. 400.

²² Kurt Müller.

²³ Mit Drahterlaß Nr. 656 informierte Staatssekretär Carstens die Botschaft in Madrid über sein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium, Marques de Nerva, am 12. Februar 1965. Er ergänzte: „Ich habe ihm nicht gesagt – teile Ihnen dies aber zu Ihrer Unterrichtung mit – daß er auch in der Waffenlieferungsfrage Erklärungen abgegeben hat, die unseren Standpunkt nur unvollkommen, teilweise sogar falsch wiedergeben.“ Vgl. VS-Bd. 422 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

²⁴ Vgl. dazu Dok. 59, Anm. 11.

sche übertragen worden, doch nehme ich nicht an, daß dieser Fehler der Anlaß zu dem Vorwurf war, Nerva habe „unseren Standpunkt in der Waffenlieferungsfrage nur unvollkommen, teilweise sogar falsch“ wiedergegeben.)

Anders liegt die Sache bei den von Nerva in Kairo öffentlich abgegebenen Erklärungen, die ebenso überflüssig wie der Sache schädlich und dem Prestige Nervas abträglich waren. Einzelne ihm zur Last gelegte gravamina, wie etwa seine angebliche Erklärung gegenüber dem Deutschen Fernsehen, die Bundesrepublik werde keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufnehmen²⁵, sind zwar von ihm entschieden – und glaubwürdig – bestritten worden, doch hätte er diesen gewollten oder ungewollten Mißdeutungen leicht aus dem Wege gehen können. Andererseits ist dabei wohl zu berücksichtigen, daß die Spanier daran interessiert waren, aus der Beauftragung mit einer hochpolitischen Vermittlungsaktion – vermutlich der ersten des Franco-Regimes – durch einen Dritten Kapital zu schlagen und dieser Aktion so viel wie möglich publicity zu geben. Insoweit waren ihre Interessen den unsrigen diametral entgegengesetzt. Castiella dürfte diese einmalige Chance sofort erkannt und Nerva auf die Bedeutung der Sache für Spanien hingewiesen haben. Die Aktion war also wie jede Vermittlung mit dem zusätzlichen Risiko schwer vorausesehbarer eigener Interessen des Vermittlers belastet.

Schließlich mag auch zum Scheitern der Mission der Umstand beigetragen haben, daß die Beurteilung der Lage im Nahen Osten durch die Bundesregierung gewissen Schwankungen unterworfen war: Während zunächst Gewicht darauf gelegt wurde, das Verhältnis zum arabischen Raum zu bereinigen, setzte sich, wie es von hier aus schien, im Verlauf der Krise die Absicht durch, vor allem das Verhältnis zu Israel zu bereinigen.

Damit war aber dem Auftrag an die spanische Regierung in etwa die Grundlage entzogen. Als der Briefwechsel zwischen dem spanischen Botschafter in Kairo und Ali Sabri konzipiert wurde, war er durch die Entwicklung wohl bereits überholt, ohne daß dies dem Vermittler angelastet werden kann.

Bei dieser Betrachtung bleibt von den Vorwürfen, die offenbar in Bonn gegen Nerva erhoben worden sind, nicht so viel übrig, daß eine Verstimmung unsererseits berechtigt wäre. Andererseits haben wir sie so weit fühlen lassen, daß die daraufhin in Madrid eingetretene Verstimmung begreiflich erscheint.

So liegt es, wie ich glaube, in unserem Interesse, an der Beseitigung der nun einmal eingetretenen Mißstimmung mitzuwirken – was vielleicht am besten

²⁵ In der Presse wurde berichtet, der Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium habe auf die Frage nach einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel erklärt: „Das ist eine Frage, die indirekt natürlich mit der Krise zusammenhängt. Doch die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik wußte, daß Bonn Israel nicht anerkennen wird, daß eine Versicherung abgegeben worden ist im Sinne der Nichtanerkennung.“ Vgl. den Artikel „Bonn will geheimes Abkommen umwandeln“; DIE WELT, Nr. 36 vom 12. Februar 1965, S. 1. Vgl. dazu auch Dok. 73, Anm. 22.

Vgl. dazu ferner die Entscheidung des Bundeskanzlers Erhard vom 28. Januar 1965, diplomatische Beziehungen zu Israel nicht vor den Bundestagswahlen am 19. September 1965 aufzunehmen; Dok. 39, Anm. 18.

dadurch geschehen kann, daß Marques de Nerva für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes in Aussicht genommen wird.

Ich darf daher anregen, den Fall auch von dort aus noch einmal zu überprüfen und mich zu gegebener Zeit mit Weisung zu versehen.²⁶

Allardt

VS-Bd. 2443 (I A 4)

405

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath

Dg II A-82.00/94.9-1714/65 VS-vertraulich

29. Oktober 1965¹

Betr.: Deutsch-englische Gespräche über die Sowjetunion und Osteuropa am 21. und 22. Oktober im Foreign Office²

Ihre Leitung lag auf englischer Seite bei dem Assistant Undersecretary Mr. Greenhill, auf deutscher Seite bei VLR I Luedde-Neurath.

Bei den in sehr freundlicher Atmosphäre geführten Gesprächen ergaben sich neben weitgehender Übereinstimmung in den Auffassungen Unterschiede in folgenden Punkten:

1) Sowjetunion

Dem Streben nach Zementierung des Status quo und dem Streben nach Sicherheit vor Deutschland lägen geschichtlich begründete Befürchtungen innerhalb der Bevölkerung und keineswegs bloße Propaganda zu Grunde.³

²⁶ Am 14. Dezember 1965 hielt Ministerialdirigent Frank aus einem Gespräch mit Botschafter Allardt, z. Z. Bonn, die Information fest, daß Bundesminister Schröder der vorgeschlagenen Ordensverleihung zugestimmt habe, sie jedoch nicht anlässlich seines geplanten Besuchs in Madrid vornehmen wolle. Allardt erwäge daher, die Auszeichnung selbst zu übermitteln. Vgl. Referat I A 4, Bd. 318.

¹ Die Aufzeichnung wurde mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Krapf vom 29. Oktober 1965 über Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder geleitet. Hat Carstens am 29. Oktober und Schröder am 3. November 1965 vorgelegen.

² Am 4. November 1965 übermittelte Gesandter Freiherr von Ungern-Sternberg, London, eine ausführliche Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schulte-Strathaus über die Besprechungen. Vgl. VS-Bd. 3126 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. auch Anm. 3, 4, 7 und 10.

³ Dazu gab Legationsrat I. Klasse Schulte-Strathaus, London, am 4. November 1965 die Äußerung des stellvertretenden Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Greenhill, wieder, „daß die öffentliche Meinung Großbritanniens zum mindesten teilweise den sowjetischen Behauptungen wegen ihrer bedrohten Sicherheit Glauben schenke“. Ferner habe der Wirtschaftsberater im „Information Research Department“, Klatt, erläutert, „das in der Sowjetunion herrschende Gefühl der Unsicherheit gegenüber Deutschland sei nicht nur Propaganda, sondern existiere tatsächlich, möge es auch angesichts der heutigen Machtverhältnisse ganz unvernünftig sein. Mit diesem Gefühl müsse man rechnen.“ Vgl. VS-Bd. 3126 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

(Am Rande der Gespräche wurde es so formuliert: Die Sowjets fürchten die Bundesrepublik als den Schwanz, der mit dem amerikanischen Hund wackeln könne.)

2) Englische Politik gegenüber der Sowjetunion

Besonders eindringlich betonten die englischen Gesprächsteilnehmer, daß in England der Mann auf der Straße ein wirkliches Verhältnis zur Sowjetunion habe.⁴ Er wolle eine Verbesserung der Beziehungen erleben. Jede Partei, der es gelinge, eine solche Verbesserung – selbst wenn es auch nur an der Peripherie sei – herbeizuführen, steige in der Gunst des Wählers.⁵ Mr. Greenhill versicherte, daß man in den bevorstehenden Außenministertgesprächen in Moskau⁶ unsere wesentlichen Belange nachdrücklich vertreten werde.

3) Polen

Der englisch-polnische Gedankenaustausch habe an Intensität und Herzlichkeit gewonnen.⁷ Zu seiner eigenen Überraschung hätte Mr. Stewart in Warschau⁸ auf seine Feststellung, daß das Regime in der SBZ der Unterstützung durch die Bevölkerung völlig entbehre und 80 % ihrer Bewohner die Zone verlassen würden, keinen Widerspruch gefunden. Man habe ihm nur geantwortet, die Polen fühlten sich bei dem gegenwärtigen Status wohler und sicherer.

4) Tschechoslowakei

In einer Verbesserung des deutsch-tschechischen Verhältnisses⁹ sehen die Engländer den Angelpunkt für eine Emanzipierung der Tschechoslowakei und einen wesentlichen Faktor für eine fortschreitende Differenzierung in Osteuropa.¹⁰

⁴ Gemäß der Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schulte-Strathaus, London, vom 4. November 1965 erklärte der stellvertretende Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Greenhill, es „dürfe nicht übersehen werden, daß die Sowjetunion im Denken der politischen Parteien Großbritanniens ebenso wie des Mannes auf der Straße einen großen Raum einnehme. Hierzulande herrsche ein starkes Interesse an guten britisch-sowjetischen Beziehungen; viele Briten würden sich bei der Abgabe ihrer Wahlstimmen von diesem Kriterium leiten lassen. Dabei handle es sich um einen bleibenden Faktor für die britische Öffentlichkeit, was aber nicht bedeute, daß die Regierung eine Verständigung mit den Sowjets auf Kosten der Verbündeten Großbritanniens erreichen wolle. Aus alledem ergebe sich, daß auch periphere Entspannungsschritte unternommen werden sollten.“ Vgl. VS-Bd. 3126 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

⁵ Der Passus „Er wolle ... Wählers“ wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Dazu Höpfl (FAZ): Um so bemerkenswerter ist es, daß Minister Stewart eine entschiedene Gegnerschaft gegen den Kommunismus offen erklärt.“

⁶ Zum Besuch des britischen Außenministers Stewart vom 29. November bis 3. Dezember 1965 in Moskau vgl. Dok. 447.

⁷ Zur britischen Beurteilung der Haltung Polens führte der stellvertretende Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Greenhill, laut Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schulte-Strathaus, London, vom 4. November 1965 aus: „Während man bei den Tschechen schon im voraus wisse, welche Antwort sie geben, seien die Polen origineller in ihrer Denkweise, freier in der Diskussion und freundlicher in der menschlichen Begegnung. Außer in der deutschen Frage, in der sie ganz unnachgiebig (utterly unyielding) seien, hätten die Polen im Gegensatz zu den Tschechen zum mindesten den Eindruck zu erwecken gesucht, daß sie in sehr vielen Punkten mit sich reden lassen würden.“ Vgl. VS-Bd. 3126 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

⁸ Zu den Gesprächen des britischen Außenministers vom 17. bis 21. September 1965 vgl. Dok. 364.

⁹ Zu den Schwierigkeiten bei den 1963 begonnenen Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über ein Handelsabkommen und die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. zuletzt Dok. 144 und weiter Dok. 475.

¹⁰ Dazu gab Legationsrat I. Klasse Schulte-Strathaus, London, am 4. November 1965 die Äußerung

Für eine Anführung eines „Rechts auf Heimat“ im völkerrechtlichen oder zwischenstaatlichen Bereich zeigten die Engländer kein Verständnis.

Der Permanent Undersecretary Sir Paul Gore-Booth empfing die Delegationsleiter. Er betonte, daß es für die englische Regierung eine sehr große Freude sei, Herrn Schröder wieder als Außenminister¹¹ zu sehen, und bat, seine persönlichen Grüße und Wünsche dem Herrn Minister und ebenfalls dem Herrn Staatssekretär¹² zu übermitteln. Im übrigen ließ er sich über den Verlauf der Gespräche unterrichten und schlug vor, eine neue deutsch-englische Besprechung dieser Art spätestens für etwa September oder Oktober 1966 vorzusehen.

Luedde-Neurath

VS-Bd. 3126 (II A 5)

406

Bundesminister Scheel an Bundesminister Schröder

MB 3365/65 geheim

29. Oktober 1965¹

Betr.: Unsere künftige Entwicklungs- und Außenpolitik gegenüber den arabischen Staaten²

Sehr geehrter Herr Kollege Doktor Schröder,

die Ergebnisse der geheimen Beratungen der arabischen Staatschefs auf der kürzlichen Casablanca-Konferenz³ über ihre künftige Deutschlandpolitik (s. Seiten 1 und 2 der Anlage des Berichts des Bundesnachrichtendienstes vom 20./21. Oktober 1965 – Nr. 1143/65 geh.), die bevorstehenden Israel-Verhandlungen⁴ sowie die Behandlung des Bundeshaushalts 1966 durch die Bundesre-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1663

des stellvertretenden Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Greenhill, wieder, „daß das deutsch-tschechische Verhältnis den Schlüssel zur gesamten politischen Haltung des Landes und, man könne sogar sagen, darüber hinaus Osteuropas darstelle. Großbritannien, Frankreich und Italien hätten sich um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zur Tschechoslowakei bemüht, doch sei ein entscheidender Erfolg nicht möglich, solange es nicht gelinge, im Verhältnis Prags zu Bonn eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. Dieses würde eine beträchtliche Wirkung („tremendous effect“) auf die Haltung sowohl der Tschechoslowakei als auch des ganzen europäischen Ostens gegenüber dem Westen zur Folge haben.“ Vgl. VS-Bd. 3126 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

¹¹ Bundesminister Schröder wurde am 26. Oktober 1965 erneut zum Bundesminister des Auswärtigen ernannt. Zur Regierungsbildung vgl. Dok. 419, Anm. 16.

¹² Karl Carstens.

¹ Hat Bundesminister Schröder am 29. Oktober 1965 vorgelegen, der handschriftlich um den Entwurf eines Antwortschreibens bat und vermerkte: „G[eschäfts]g[ang]“.

² Zum Stand der Beziehungen mit den arabischen Staaten vgl. auch Dok. 346.

³ Zur Konferenz des Rats der Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga vom 13. bis 17. September 1965 vgl. Dok. 370, Anm. 27.

⁴ Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Israel vgl. zuletzt Dok. 387 und weiter Dok. 409.

gierung⁵ lassen es notwendig erscheinen, daß wir beschleunigt eine Konzeption über unsere künftige Entwicklungspolitik gegenüber den arabischen Staaten und ihren finanziellen Rahmen ausarbeiten.

Aus vielen Gründen, nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Interessenlage der einzelnen arabischen Staaten, die durch die Entwicklung der Beziehungen mit diesen in den vergangenen Monaten bestätigt wurde, spricht alles dafür, daß unsere künftigen Beziehungen zu diesen Staaten am zweckmäßigsten in bilateralen Verhandlungen neu geordnet werden. Hierzu bedarf es aber auch einer auf die jeweiligen Verhältnisse sorgfältig abgestimmten entwicklungspolitischen Konzeption für jedes einzelne Land und für den gesamten Raum einschließlich Israel.

In der Vergangenheit haben zwar Besprechungen zwischen unseren beiden Häusern über unsere Haltung in der gegenwärtigen Übergangszeit stattgefunden.⁶ Diese haben sicherlich teilweise auch eine gute Grundlage für unsere künftigen Beziehungen zu diesen Ländern geschaffen (s. z. B. Tunesien und Marokko).⁷ Auch haben Sie in Ihren Kabinettsvorlagen vom 25. Januar⁸ und 18. Februar 1965⁹ bereits gewisse Vorstellungen, vor allem auch über die finanziellen Auswirkungen unserer künftigen Politik im arabischen Raum, entwickelt. Das Kabinett hat sich hierüber jedoch noch keine abschließende Meinung gebildet.

Inzwischen ist die Entwicklung weitergegangen. Eine individuellere und detailliertere Betrachtung jedes Einzelfalles scheint als ihr Ergebnis notwendig zu sein.

Unsere künftige Politik gegenüber den arabischen Staaten dürfte erhebliche unmittelbare und – als Rückwirkung des Ergebnisses der bevorstehenden Verhandlungen mit Israel – mittelbare finanzielle Auswirkungen haben, wenn sie den erhofften Erfolg haben soll. Diese Frage hängt sehr eng mit den derzeit viel erörterten Überlegungen über die Gestaltung des Haushalts 1966 zusammen. Sie muß daher m. E. spätestens mit den Beratungen der Bundesregierung über den Bundeshaushalt 1966 in den Grundsätzen und im Volumen einigermaßen festgelegt werden.

Ich schlage vor, diese Fragen in einer Staatssekretär-Besprechung beschleunigt vorzuklären und durch eine Direktoren-Besprechung vorbereiten zu lassen, wobei wohl von meinem Hause die entwicklungspolitischen und von Ih-

⁵ Vgl. dazu Dok. 409, Anm. 4.

⁶ Ressortbesprechungen über die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik fanden im Rahmen des Interministeriellen Ausschusses für Entwicklungspolitik statt. So wurden am 29. Juli und 8. Oktober 1965 Hilfeleistungen an den Sudan, Jordanien, die VAR und Syrien erörtert. Vgl. dazu Referat III B 1, Bd. 528.

⁷ Zur Wirtschaftshilfe an Tunesien und Marokko vgl. bereits Dok. 256.

Zu den politischen Beziehungen vgl. auch Dok. 254 und Dok. 381.

⁸ Vgl. Dok. 32.

⁹ Mit Kabinettsvorlage vom 17. Februar 1965 trat das Auswärtige Amt angesichts der bevorstehenden Zulassung eines DDR-Generalkonsulats in Daressalam für die Einschränkung der Entwicklungshilfe an Tansania ein. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 5912 (L 1); B 150, Aktenkopien 1965.

Zur Beschlußfassung der Bundesregierung vgl. auch Dok. 83.

rem Hause in erster Linie die außenpolitischen Unterlagen vorzubereiten wären.

Ich darf vorschlagen, daß die Herren Staatssekretäre sich dieserhalb unverzüglich in Verbindung setzen.¹⁰

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Walter Scheel

VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär)

407

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 5-83.00-92.32/1944/65 geheim

29. Oktober 1965

Betr.: Indisch-pakistanischer Konflikt¹;
hier: Gespräch mit dem pakistanischen Botschafter

Heute empfang ich auf seinen Wunsch den pakistanischen Botschafter, Herrn Abdur Rahman Khan, der folgendes zur Sprache brachte:

1) Pakistan-Konsortium²:

Der Botschafter erklärte, daß seine Regierung an einem baldigen Zusammen-
treten des Pakistan-Konsortiums und einer Vereinbarung über die Konsortial-
beiträge sehr interessiert sei. Sollte sich die Sitzung des Konsortiums weiter-
hin auf längere Zeit verzögern, so hoffe Pakistan, daß der deutsche Beitrag
bald bekanntgegeben³ und seiner Regierung zur Verfügung gestellt werde.⁴

¹⁰ Am 5. November 1965 vermerkte Staatssekretär Lahr für Bundesminister Schröder: „Ich habe Staatssekretär Vialon fernmündlich darauf hingewiesen, daß wir die von Herrn Bundesminister Scheel in seinem Schreiben vom 29. Oktober angeschnittene Frage zum gleichen Zeitpunkt in unserer Kabinettsvorlage über die künftigen deutsch-israelischen Verhandlungen aufgegriffen haben und ihm vorgeschlagen, daß wir uns zunächst auf das von uns vorgeschlagene Gespräch der Minister über diese Vorlage konzentrieren sollten. Gegebenenfalls könne dann unter Staatssekretären über die Angelegenheit weitergesprochen werden. Herr Vialon hat sich hiermit einverstanden erklärt und wird dies seinem Minister sagen.“ Vgl. VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

¹ Zum Kaschmir-Konflikt vgl. zuletzt Dok. 370. Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber Pakistan und Indien vgl. auch Dok. 345.

² Vgl. dazu Dok. 345, Anm. 4.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Seeliger wies am 8. Oktober 1965 darauf hin, daß dem pakistanischen Botschafter Rahman Khan „inoffiziell der deutsche Konsortialbeitrag (DM 110 Mio. Kapitalhilfe + DM 42,5 Mio. Bundesbürgschaften und Garantien)“ bereits bekanntgegeben worden sei. Vgl. Referat III B 1, Bd. 437.

⁴ Bereits am 19. Oktober 1965 informierte Legationsrat I. Klasse Koehler, Karachi, über Äußerungen des pakistanischen Finanzministers in dieser Richtung. Shoaibs habe hinsichtlich des Nichtzustandekommens der Konsortiumssitzung erklärt, er wisse „von einigen freundschaftlich eingestellten Mitgliedsländern, die zur Freigabe ihres Anteils auch ohne ein solches Treffen bereit

Ich antwortete, daß wir nach wie vor für ein rasches Zusammentreten des Konsortiums eintreten und auch Überlegungen darüber anstellten, wie wir den pakistanischen Wünschen gerecht werden könnten, falls eine baldige Einberufung des Konsortiums nicht erfolgen sollte.⁵

2) Kommerzielle Waffenlieferungen:⁶

Der Botschafter äußerte die Bitte, daß die deutsche Regierung wenigstens für diejenigen kommerziellen Waffengeschäfte, die vor dem Beginn der Feindseligkeiten abgeschlossen worden seien, die erforderlichen Ausfuhrgenehmigungen erteile.⁷ Hierbei handele es sich vor allem um die Kobra Panzerabwehrraketen. Diese Raketen würden in Pakistan zusammengesetzt, und zwar aus Teilen, die etwa zu 60 % aus der Schweiz und zu etwa 40 % aus Deutschland (Herstellerfirma Bölkow) stammten. Der Abschluß des Vertrags mit der Firma Bölkow liege Jahre zurück.⁸ Durch die Verweigerung der Ausfuhrgenehmigung seitens der deutschen Behörden würde eine empfindliche Lücke in dem pakistanischen Abwehrpotential entstehen. Belgien habe die Waffenausfuhr für kommerzielle Geschäfte, die vor dem Beginn der Feindseligkeiten abgeschlossen worden seien, genehmigt.⁹ Großbritannien, das weder Pakistan noch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1666

seien. Sie seien jedoch in der Minderheit. Man werde sich bemühen herauszufinden, in welcher Höhe diese Länder bilateral Hilfe zuzusagen bereit wären.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 476; Referat III B 1, Bd. 437.

⁵ Am 27. Oktober 1965 wurde auf einer Ressortbesprechung vereinbart, „daß wegen der in der Vergangenheit freundlichen pakistanischen Haltung in der Deutschlandfrage und wegen der bevorstehenden Rückkehr von Botschafter Scholl nach Karachi unabhängig von dem Verhalten der anderen Konsorten (einige haben bereits längst ihren Beitrag bekanntgegeben) der pakistanischen Regierung unser Beitrag verbindlich genannt wird und das entsprechende Abkommen vorbereitet wird“. Vgl. Referat III B 1, Bd. 437.

Bundeskanzler Erhard billigte diesen Beschluß am 5. November 1965 mit dem Hinweis, „daß die Zusagen unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Entscheidung des Parlaments bei den Haushaltsberatungen stehen“. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Harkort vom 8. November 1965; Referat III B 1, Bd. 437.

⁶ Zur Ausrüstungshilfe an Pakistan vgl. auch Dok. 355.

⁷ Dazu erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar am 19. Oktober 1965: „Mit Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Indien und Pakistan hat die Bundesregierung die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für kommerzielle Waffenlieferungen nach Pakistan eingestellt. Die dem Auswärtigen Amt vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft vorgelegten Anträge der Firma Bölkow vom 19. August 1965 auf Lieferung von Einzelteilen, Baugruppen und Fertigstellungshilfsstoffen zur Herstellung von 2000 Cobra-Raketen sowie auf Lieferung von 300 Übungsköpfen für die genannte Rakete wurden am 29. September 1965 unter Hinweis auf die wiederholten Erklärungen der Bundesregierung, keine Waffen und Rüstungsmaterial in Spannungsgebiete zu liefern, abschlägig beschieden [...]. Das Bundeswirtschaftsministerium hat ferner mit einem an die Firma Bölkow gerichteten Schreiben vom 24. September 1965 im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt eine im Juli d. J. erteilte Genehmigung zur Ausfuhr von 105 Marschtriebwerken und 105 Starttriebwerken zur Cobra-Rakete widerrufen.“ Vgl. Referat III A 4, Bd. 571.

⁸ Am 13. Dezember 1963 erteilte die Firma Bölkow der pakistanischen Regierung die Lizenz zum Nachbau der Panzerabwehr-Rakete vom Typ Cobra. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar vom 19. Oktober 1965; Referat III A 4, Bd. 571.

⁹ Botschafter Siegfried, Brüssel, gab am 22. Oktober 1965 die Stellungnahme des belgischen Außenministeriums weiter, daß derzeit „nur noch Ausfuhrgenehmigungen für vor dem 1. September d. J. vereinbarte kommerzielle Waffenlieferungen nach Pakistan“ erteilt würden. Nach dem 14. Oktober 1965 abgeschlossene Geschäfte würden „vorläufig“ nicht genehmigt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 213; Referat III A 4, Bd. 571.

Indien Militärhilfe gewähre, genehmige uneingeschränkt die kommerzielle Waffenausfuhr, ohne zwischen Geschäften, die vor oder nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten getätigt worden seien, zu unterscheiden.¹⁰

Auf meine Frage, welche Haltung die Vereinigten Staaten in dieser Frage einnehmen, antwortete der Botschafter ausweichend, daß ihm hierüber nichts Näheres bekannt sei.

Der Botschafter erklärte ferner, daß seine Regierung auf die baldige Lieferung von 100 000 Stück Übungsmunition (7,62 mm) großen Wert lege.¹¹

Ich erwiderte, daß wir grundsätzlich keine der beiden am Kaschmir-Konflikt beteiligten Seiten mit Waffen versehen und daher auch kommerzielle Waffenexporte nicht genehmigen könnten. Die Wünsche der Botschaft wegen der vor Beginn der Feindseligkeiten getätigten kommerziellen Transaktionen seien uns bekannt. Sie würden eingehend geprüft.

3) Etwaige Erörterung des Kaschmir-Konflikts bei der bevorstehenden Unterredung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident Johnson¹²:

Wie bereits in seinen Gesprächen mit Prinz Löwenstein¹³ und Ministerialdirigent Böker¹⁴ warf der Botschafter die Frage auf, ob der Herr Bundeskanzler bei seiner nächsten Unterredung mit dem amerikanischen Präsidenten das Kaschmir-Problem ansprechen könnte. Er, der Botschafter, sei der Ansicht, daß sowohl die amerikanische als auch die deutsche Regierung zur Beilegung des indisch-pakistanischen Konflikts gute Dienste leisten könnten, z. B. indem sie eine Zusammenkunft zwischen Shastri und Ayub Khan auf neutralem Boden herbeiführten.

Ich antwortete, daß das Auswärtige Amt die Anregung des Botschafters sorgfältig prüfen und den Herrn Bundeskanzler rechtzeitig vor seiner Reise nach Amerika unterrichten werde. Zur Sache selbst könne ich mich im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht äußern.

¹⁰ Am 22. Oktober 1965 informierte Botschafter Blankenhorn, London, über die Auffassung der britischen Regierung, „daß es angesichts der pakistanischen Fähigkeit, befreundete Regierungen gegeneinander auszuspielen, im wesentlichen auf eine Definition des Begriffs ‚kommerzielle Waffenausfuhr‘ ankäme. Aus Großbritannien seien jedenfalls seit Ausbruch der Feindseligkeiten keinerlei Gegenstände nach Pakistan geliefert worden, die als Waffen und Munition bezeichnet oder für deren Herstellung geeignet sein könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1225; Referat III A 4, Bd. 571.

¹¹ Bereits am 29. September 1965 teilte Ministerialdirektor Berger der Botschaft in Karachi über das Ergebnis einer Besprechung des Staatssekretärs Lahr mit dem Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Gumbel, mit: „Bereits früher beantragte Ausfuhr von 50 000 Schuß Munition sowie in Aussicht genommene Sendung gleicher Höhe wird z. Z. nicht genehmigt. Da Lieferung dieser 100 000 Schuß zum Einschießen in Pakistan hergestellter Gewehre deutschen Typs dienen soll, wird Genehmigung dieses Munitionsverkaufs in einigen Wochen erneut geprüft, falls bis dahin akute Spannung Pakistan/Indien abgeklungen ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3949; VS-Bd. 5125 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

¹² Für die Gespräche am 20. Dezember 1965 in Washington vgl. Dok. 466 und Dok. 469.

¹³ Zum Gespräch vom 9. Oktober 1965 vgl. die Aufzeichnung des ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten; VS-Bd. 2592 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁴ Zum Gespräch vom 14. Oktober 1965 vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker; VS-Bd. 2592 (I B 5).

4) Besuch Ayub Khans in Deutschland:

Abschließend warf der Botschafter – ohne Instruktion, wie er sagte, und als persönliche Überlegung – die Frage auf, ob wir an einem Besuch Ayub Khans in Deutschland Interesse hätten. Ayub Khan werde in nächster Zeit Präsident Johnson besuchen¹⁵ und könnte vielleicht auf der Rückreise von Washington einen Zwischenaufenthalt in Bonn machen. Er, der Botschafter, wisse, daß uns ein solcher Besuch möglicherweise Schwierigkeiten bereiten könne. Er wolle daher nichts anregen, was uns Unannehmlichkeiten verursache. Immerhin hielte er es für seine Pflicht, den Gedanken in ganz unverbindlicher und lockerer Form an uns heranzutragen, weil der Besuch Ayub Khans die enge Verbundenheit zwischen Pakistan und Deutschland dokumentieren würde.

Ich antwortete, daß auch wir an engen und freundschaftlichen Beziehungen zu Pakistan das größte Interesse hätten. Dem Botschafter sei bekannt, mit welchem Respekt gerade die Person des pakistanischen Präsidenten in Deutschland gewürdigt werde. Die Frage, wann ein Besuch des Präsidenten in Bonn im wohlverstandenen Interesse unserer beiden Staaten liege, müsse selbstverständlich eingehend geprüft werden. Ich habe mich bemüht, dem Botschafter diskret den Eindruck zu vermitteln, daß ein solcher Besuch in der näheren Zukunft nicht unerhebliche Komplikationen auslösen würde und daher erst für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen werden sollte.¹⁶

Abteilung III hat Durchdruck erhalten.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär¹⁷ zur Kenntnis und mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt, ob die Botschaft Karachi über dieses Gespräch unterrichtet werden soll. M. E. erübrigt sich¹⁸ diese Unterrichtung. Die Punkte 1 und 2 sind nicht neu, die Punkte 3 und 4 wenig substantiiert.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2656 (I B 5)

¹⁵ Zum Aufenthalt des pakistanischen Präsidenten am 14./15. Dezember 1965 in Washington vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, Z 7.

¹⁶ Präsident Ayub Khan besuchte vom 16. bis 18. Dezember 1965 die Bundesrepublik. Zu den Gesprächen mit Bundeskanzler Erhard und Bundespräsident Lübke am 17. Dezember 1965 vgl. BULLETIN 1965, S. 1599.

¹⁷ Hat am 29. Oktober 1965 Staatssekretär Carstens und Staatssekretär Lahr vorgelegen, der mit beigefügter handschriftlicher Notiz für Ministerialdirektor Harkort vermerkte: „Was haben unsere Ermittlungen zu Ziff[er] 2 (Verhalten der anderen westlichen Regierungen) ergeben?“ Harkort legte noch am selben Tag eine Aufzeichnung über die britische und die belgische Haltung vor. Vgl. Referat III A 6, Bd. 377.

¹⁸ Die Wörter „erübrigt sich“ wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ein[verstanden].“

Aufzeichnung des Botschafters Schmidt-Horix

III A 6-85.00-94.03-1203/65 VS-vertraulich

2. November 1965

Betr.: Deutsch-bulgarische Wirtschaftsverhandlungen¹;
hier: außerwirtschaftliche und wichtigste wirtschaftliche Fragen

1) Allgemeines

Die Aufnahme der zeitweise aus 10² Mitgliedern bestehenden deutschen Delegation war freundlich, die Gastfreundschaft sehr großzügig (u. a. mehrtägige Reise zur Schwarzmeerküste). Obwohl die Kürze des Aufenthalts naturgemäß kein endgültiges Urteil erlaubt, kann wohl doch gesagt werden, daß die Erfolge des kommunistischen Regimes, insbesondere in der Frage der Industrialisierung, heute auch von Nichtkommunisten anerkannt werden. Die Armut des Landes ist sicher noch nicht überwunden, und die Bevölkerung macht häufig einen gedrückten, aber nicht unglücklichen Eindruck. Kleinere Erleichterungen des Regimes haben sich offenbar günstig auf die Allgemeinstimmung ausgewirkt. Im Gegensatz zu gewissen Erfolgen des Systems bei der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes wird die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern weiterhin vernachlässigt.

2) Beziehungen zu Drittländern, insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland (allgemein)

Die dominierende Stellung der Sowjetunion in der bulgarischen Politik ist nicht nur eine Folge der Hilfeleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern hat u. a. in dem russischen Feldzug zur Befreiung Bulgariens von der fast fünfhundertjährigen Türkenherrschaft Ende des vorigen Jahrhunderts³ ihre tiefen historischen Wurzeln. 50 % des bulgarischen Außenhandels gehen in die UdSSR, weitere 30 % in die osteuropäischen Länder. Die Verschuldung an die UdSSR dürfte infolge der großen sowjetischen Investitionsgüterlieferungen sehr erheblich sein. Bei modernen Industrieanlagen zeichnet sich eine Tendenz ab, diese in verstärktem Umfang aus dem Westen zu beziehen. Nach einer kürzlichen Rede des Ministerpräsidenten Schiwkow soll Frankreich an erster Stelle der westlichen Länder stehen, mit denen Bulgarien zusammenarbeiten will.

Trotz der unseligen Entwicklung unserer Beziehungen in den letzten 20 Jahren genießt die Bundesrepublik Deutschland Sympathien; insbesondere besteht eine große Achtung vor unserem wirtschaftlichen und technischen Können. Deutschkenntnisse sind stark verbreitet. Es besteht eine Schule mit besonderer Ausbildung für Deutsch (ebenso für Russisch, Französisch und Eng-

¹ Vom 5. bis 25. Oktober 1965 fanden in Sofia Wirtschaftsverhandlungen mit Bulgarien statt. Für den Bericht des Botschafters Schmidt-Horix vom 2. November 1965 vgl. VS-Bd. 8364 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu auch Referat III A 6, Bd. 239.

² Die Ziffer „10“ wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

³ Nach dem russisch-türkischen Krieg von 1877/78 erlangte Bulgarien die Unabhängigkeit.

lich). Bei Verbreitung der deutschen Sprache arbeitet die Sowjetzone, die über ein Kulturinstitut verfügt, praktisch auch für unsere Interessen. Klassische deutsche Musik erfreut sich größter Wertschätzung. Die Tatsache, daß in diesem Jahr schätzungsweise 50 000 Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland Bulgarien aufgesucht haben, hat sich nicht nur als ein wesentlicher Posten in unserer Zahlungsbilanz niedergeschlagen (diese Einnahme macht etwa 1/5 bis 1/6 des aus der Ausfuhr erzielten Betrages aus), sondern dürfte sich auch allgemein auf die Intensivierung der menschlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern günstig auswirken.

Vizeaußenminister Iwan Popow erklärte anlässlich eines längeren Gesprächs eindeutig, daß Bulgarien am liebsten diplomatische Beziehungen mit uns aufnehmen möchte.⁴ Falls uns dies im Augenblick nicht möglich sei, sei man bereit, die Beziehungen auf anderen Gebieten zu intensivieren. Allerdings machte er die Einschränkung, daß ein Kulturabkommen zur Zeit nicht abgeschlossen werden könne (dies hatten schon vorher die Besprechungen über den von bulgarischer Seite vorgeschlagenen wissenschaftlich-technischen Austausch ergeben, siehe unter der Ziff. 5).

3) Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

Die äußerst weitgehenden bulgarischen Wünsche, die auf eine Verdoppelung des bisher vereinbarten, nur etwa zur Hälfte erfüllten Handelsvolumens hinausgingen⁵, konnten naturgemäß nicht erfüllt werden. Das am Schluß der Verhandlungen gezeichnete Protokoll⁶ wird praktisch eine Erhöhung der bisherigen bulgarischen Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland um etwa 20 % ermöglichen, wobei das Schwergewicht auf dem industriellen Sektor liegt.

Einer von bulgarischer Seite dringend gewünschten weiteren Erhöhung standen vor allem zwei Schwierigkeiten gegenüber:

a) Die wachsenden Bindungen an die EWG. Diese lassen zwar die traditionellen bulgarischen Ausfuhren von Agrarprodukten zum Teil durchaus noch zu, aber es besteht nicht mehr die Möglichkeit bindender⁷ Abnahmezusagen, auf die bulgarischerseits im Hinblick auf eine Wirtschaftsplanung besonderer Wert gelegt wird. Kurz vor und während der Verhandlungen war z. B. Bulga-

⁴ Zum bulgarischen Interesse an einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik vgl. Dok. 221, besonders Anm. 6.

⁵ Am 24. Mai 1965 gab Ministerialdirigent Graf von Hardenberg einen Überblick über die Handelsbeziehungen zu Bulgarien: „Nach Abschluß des deutsch-bulgarischen Warenabkommens vom 6. März 1964 ist die deutsche Ausfuhr sprunghaft gestiegen. Mit einem Wert von 155,8 Mio. DM im Jahre 1964 übertraf sie das im Vorjahr erzielte Ergebnis um rd. 65 % und erreichte somit wieder das bisher höchste Nachkriegsergebnis des Jahres 1959. Die deutsche Einfuhr stieg dagegen nur geringfügig von 116,6 Mio. DM auf 121 Mio. DM. [...] Diese Ziffern liegen jedoch noch weit hinter dem im Warenabkommen gesetzten Rahmen von 230 Mio. DM in jeder Richtung. Dieser Rahmen war auf Wunsch der Bulgaren sehr weit gesteckt, um den bulgarischen Außenhandelsorganisationen große Ausfuhrmöglichkeiten zu eröffnen.“ Bulgarien wünsche „eine Erhöhung seiner Exporte um mehr als 200 Mio. DM, wovon rd. 72 Mio. DM auf landwirtschaftliche und rd. 130 Mio. DM auf gewerbliche Erzeugnisse entfallen.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 239.

⁶ Für den Wortlaut des Protokolls vom 25. Oktober 1965 zum Abkommen vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bulgarien vgl. Referat III A 6, Bd. 239.

⁷ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

rien Gegenstand von Abschöpfungsmaßnahmen der EWG bei Traubenausfuhren⁸, wodurch empfindliche Verluste entstanden. Bei Tabak, der ein Drittel der Ausfuhr in die Bundesrepublik Deutschland ausmacht, wird die Lage Ende 1967 so sein, daß Griechenland und die Türkei als Konkurrenten 25 % weniger Zoll zu zahlen brauchen als Bulgarien.⁹ Gespräche über diese „Diskriminierung“ zogen sich über die ganze Dauer der Verhandlungen hin und werden auch im nächsten Jahr, wenn über die Verlängerung des Abkommens verhandelt werden soll¹⁰, an vorderster Stelle stehen.¹¹ Der Vizeminister für Außenhandel, Brannitschew wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Bulgarien im Rahmen des am 1. Januar 1966 beginnenden neuen Fünfjahresplanes Aufträge in Höhe von \$ 200 Mio. an den Westen vergeben will, dabei aber zwangsweise den Ländern den Vorzug geben müsse, die sich zu festen Abnahmen der Hauptexportgüter (u. a. Tabak) verpflichten würden. Ein Hinweis darauf, daß andere westliche Länder dieselben Schwierigkeiten hätten wie wir, beantwortete er mit dem Hinweis, daß diese, wie z. B. Italien und Frankreich, „beweglicher“ seien (während der kürzlichen deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen¹², bei denen wir uns gegenüber Wünschen auf eine erhöhte Weinausfuhr in die Bundesrepublik Deutschland mit Rücksicht auf

⁸ Für die Zeit vom 21. bis 31. Oktober 1965 ordnete die EWG-Kommission an, „bei der Einfuhr von Tafeltrauben aus Bulgarien und Rumänien für je 100 kg einen Betrag von 8,- DM abzuschöpfen“. Bulgarien hielt diese Abschöpfungsmaßnahme für „böartig“ und erwog, auf gerichtlichem Wege „die Rückerstattung der zu Unrecht erhobenen Abschöpfungsbeträge zu verlangen“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 638 des Leiters der Handelsvertretung in Sofia, Herrmann, vom 30. November 1965; Referat III A 6, Bd. 237.

⁹ Am 24. Mai 1965 stellte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg dazu fest, Bulgarien sehe seine Tabakausfuhren „dadurch gefährdet, daß die mit der EWG assoziierten Länder Türkei und Griechenland schon jetzt erheblich geringere Zölle zahlen und Ende 1967 zollfrei in den EWG-Raum exportieren können. [...] Aus diesem Grunde beantragt Bulgarien die Einräumung eines zollfreien Kontingents für Tabak im Wert von 100 Mio. DM.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 239. Legationsrat Scholl vermerkte dazu am 14. September 1965: „Ein deutscher Antrag auf Genehmigung eines Zollkontingents für die Einfuhr von Tabak aus Bulgarien hätte keinerlei Aussicht auf Erfolg“, zumal er nicht mit einem Rückgang der deutschen Einfuhren aus Bulgarien begründet werden könnte. Vgl. Referat III A 6, Bd. 239.

¹⁰ Für die von Seiten der Bundesrepublik angestrebte Verlängerung des Abkommens vom 6. März 1964 bis zum Jahre 1969 – analog zu Ungarn und Rumänien – wurde von Bulgarien „die Frage der Liberalisierung als conditio sine qua non gestellt, da für einen so langen Zeitraum eine größere Freiheit für die bulgarischen Exporte nach der Bundesrepublik Deutschland erforderlich werde“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 440 des Leiters der Handelsvertretung in Sofia, Herrmann, vom 3. September 1965; Referat III A 6, Bd. 239.

Am 25. September 1965 teilte Herrmann mit, die bulgarische Seite stehe unter dem Eindruck, daß die Bundesrepublik eine Liberalisierung nicht wünsche, und sei mit Verhandlungen „lediglich über den Warenverkehr für 1965/66 einverstanden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 76; Referat III A 6, Bd. 239.

¹¹ In einem dem Protokoll vom 25. Oktober 1965 beigefügten Aktenvermerk wurde dazu festgehalten: „Angesichts der besonderen Bedeutung, die dem bulgarischen Tabakexport im Rahmen des deutsch-bulgarischen Handelsverkehrs zukommt (über 30 % der bulgarischen Lieferungen), hat die bulgarische Seite ihren dringenden Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß von deutscher Seite die notwendigen Maßnahmen veranlaßt werden, damit eine günstige Regelung für die Zollfrage und das Einfuhrverfahren gefunden wird, die die Kontinuität der Tabaklieferungen sicherstellt.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 239.

¹² Vgl. dazu Dok. 290.

unsere EWG-Partner¹³ sehr zurückhaltend verhielten, soll z. B. Frankreich erhebliche Weinkäufe getätigt haben). Auch in der Frage der Liberalisierung scheinen die Überlegungen auf französischer und italienischer Seite schon weitergediehen zu sein als bei uns.¹⁴ Sowohl der Außenhandelsminister als auch sein Stellvertreter äußerten die Ansicht, daß die Bundesrepublik Deutschland zwar noch die erste Stelle der westlichen Länder im Handel mit Bulgarien einnehme, aber langsam eingeholt würde. Neue Wirtschaftsverhandlungen Bulgariens mit Frankreich (ab 8. 11.) und Italien werden noch in diesem Jahr stattfinden.

b) Eine weitere Schwierigkeit bei der Erhöhung des Handelsvolumens war eine gewisse Unbeweglichkeit der Fachreferate des Bundesministeriums für Wirtschaft, die offenbar der politischen Bedeutung einer Ausweitung des Handels mit Osteuropa nur zögernd Rechnung tragen.¹⁵ Auch wäre eine gleichmäßige Behandlung dieser Länder anzustreben, da jegliche Konzessionen sofort in den Nachbarländern bekannt und genauestens registriert werden. So waren z. B. die bulgarischen Gesprächspartner äußerst enttäuscht darüber, daß sich trotz mehrfacher telegrafischer Rückfragen das Bundesministerium für Wirtschaft nicht in der Lage sah, ein Kontingent für Blei und Zink zuzugestehen, obwohl Rumänien vor kurzem ein derartiges Kontingent erhalten hatte.¹⁶

Für die deutsch-bulgarischen Handelsbeziehungen würde sich eine Einladung des Außenhandelsministers Budinow¹⁷ sicherlich sehr günstig auswirken. Herr Budinow gilt infolge seiner Ausbildung in Frankreich als frankophil und äußerte sich – zum Teil sicher auch aus taktischen Gründen – in einer längeren Unterredung recht skeptisch über die Zukunft des Handels mit der Bundesrepublik Deutschland. Er war in diesem Sommer bereits zu offiziellen Besuchen in Frankreich und Italien, so daß eine Einladung in die Bundesrepublik Deutschland, die im bulgarischen Außenhandel den ersten Platz unter den westlichen Ländern einnimmt, eine logische Ergänzung dieser Informationsreisen darstellen würde. Der als deutschfreundlich geltende Leiter der

¹³ Der Passus „mit Rücksicht ... EWG-Partner“ wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁴ Dazu gab der Leiter der Handelsvertretung in Sofia, Herrmann, am 25. September 1965 die Information des Abteilungsleiters im bulgarischen Außenhandelsministerium, Stefanow, weiter, „daß Frankreich und Italien bereit seien, [über eine] Liberalisierung im Rahmen eines fünfjährigen Abkommens zu verhandeln. Mangels anderer Informationen nehme ich daher an, daß wir [eine] Liberalisierung gegenüber Bulgarien von einem gewissen Wohlverhalten Bulgariens abhängig machen wollen. Sollte das zutreffen, bitte ich zu bedenken, daß Bulgaren bei Verlängerung des Abkommens bis 1969 auch den Briefwechsel über West-Berlin beibehalten würden, während nicht unbedingt davon ausgegangen werden kann, daß dies auch im nächsten Jahr der Fall ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 76; Referat III A 6, Bd. 239.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁶ Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte dem Auswärtigen Amt am 14. Oktober 1965 dazu mit: „Zusage fester Quoten für Blei und Zink erscheint aus fachlichen Gründen nicht möglich; derzeit gestörte Metallmärkte lassen kommende Entwicklung nicht voraussehen. Rumänien-Entscheidung war nur Ausweichen gegenüber starkem Druck bei Aluminium.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 239.

¹⁷ Bereits am 7. Juli 1965 teilte Legationssekretär Spalcke, Sofia, mit, der Abteilungsleiter im bulgarischen Außenhandelsministerium, Stefanow, habe eine solche Einladung angeregt: „Budinow würde [ein] Deutschlandbesuch ‚guttun‘, da er notorisch frankophil sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; Referat III A 6, Bd. 239.

bulgarischen Delegation Stefanow, der Minister Budinow nach Frankreich begleitet hat, erklärte mir in einem Gespräch unter vier Augen, daß eine Einladung in die Bundesrepublik Deutschland dem Minister mit Sicherheit einen wesentlich überzeugenderen Eindruck von unserem Wirtschaftspotential vermitteln und dadurch die Stellung derjenigen stärken würde, die eine engere Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Wirtschaft befürworten.

In dem Gespräch mit Vizeaußenminister Iwan Popow wies dieser darauf hin, daß es dem Leiter der bulgarischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland¹⁸ trotz jahrelangen Bemühungen noch nicht gelungen sei, von dem Herrn Bundesminister für Wirtschaft¹⁹ empfangen zu werden. Es ist nicht völlig von der Hand zu weisen, daß die Stellung des Leiters unserer Handelsvertretung in Sofia²⁰, der bisher ungehinderten Zutritt zum Außenhandelsminister hat, auf die Dauer von dieser Haltung beeinflußt wird.

Über die Einzelheiten der Wirtschaftsverhandlungen wird eine gesonderte Aufzeichnung vorgelegt.

4) Kulturelle Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland²¹

Der bulgarische Vorschlag, einen wissenschaftlich-technischen Austausch durch Notenwechsel im Rahmen des Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr zu vereinbaren²², gab Gelegenheit, den Abschluß eines Kulturabkommens vorzuschlagen.²³ Die deutsche Delegation gab unserer Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik Ausdruck, erklärte aber, daß ein solcher Austausch nach unserem System in ein Kulturabkommen gehöre und dann gleichzeitig weitere kulturelle Gebiete

¹⁸ Penko Penkow.

¹⁹ Kurt Schmücker.

²⁰ Heinz Herrmann.

²¹ Bereits am 19. Januar 1965 teilte Legationsrat I. Klasse Peckert der Handelsvertretung in Sofia mit: „In Ergänzung der Möglichkeiten, die der Handelsvertretung bei der freundlichen Haltung der Bulgaren gegenüber der Bundesrepublik in der Erörterung eines Kulturaustausches offenstehen, ist beabsichtigt, hier mit dem Leiter der bulgarischen Handelsvertretung auch Fragen des deutsch-bulgarischen Kulturaustausches zu besprechen. Dies wird möglich sein, ohne den Status der Handelsvertretung, der aus dort bekannten Gründen nicht erhöht werden soll, zu verändern.“ Vgl. Referat 610, Bd. 279.

²² Dazu erläuterte der Abteilungsleiter im bulgarischen Außenhandelsministerium, Stefanow, dem Leiter der Handelsvertretung in Sofia, Herrmann, im Mai 1965, daß die für ein Kulturabkommen zuständigen Stellen sowie das Außenministerium Kulturbeziehungen „mehr dem politischen Bereich“ zurechneten und von einem Kulturabkommen „daher zunächst Abstand nehmen“ wollten. „Im Außenhandelsministerium habe man für diese Auffassung kein Verständnis, da der kulturelle Bereich zusammen mit dem wirtschaftlichen geeignet sei, auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen zu erreichen. Herr Stefanow schlug daher vor, daß die Handelsvertretung mit ihm einmal prüfen möge, wie ein Abkommen über technisch-wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit, ohne den kulturellen Bereich wörtlich zu zitieren, trotzdem auf gewisse Bereiche des kulturellen Austauschs ausgedehnt werden könne.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 263 vom 31. Mai 1965; Referat III A 6, Bd. 239.

²³ Einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete der Leiter der Handelsvertretung in Sofia, Herrmann, dem Abteilungsleiter im bulgarischen Außenministerium, Bratanow, bereits im Juni 1965, ohne daß eine Reaktion erfolgte. Vgl. den Schriftbericht Nr. 315 des Legationsrats Spalcke, Sofia, vom 28. Juni 1965; Referat II A 5, Bd. 994.

umfasse. Der bulgarische Wunsch nach Mitteilung von Einzelheiten eines solchen Abkommens wurde durch Übergabe eines Musterabkommens²⁴ erfüllt.

Als Ergebnis der Prüfung dieses Abkommens²⁵ wurde in der letzten Verhandlungswoche endgültig mitgeteilt, daß man sich zum Abschluß eines Kulturabkommens nicht in der Lage sehe, wobei in allen diesbezüglichen Gesprächen klar zum Ausdruck kam, daß man die Berlin-Klausel²⁶ zur Zeit nicht nochmals unterzeichnen könne. Man sei jedoch durchaus bereit, den im Rahmen des bestehenden Abkommens vorgeschlagenen Notenwechsel über einen technisch-wissenschaftlichen Austausch auf folgende Gebiete zu erweitern: Kontakte wissenschaftlicher Institutionen, Gastspielreisen, Ausstellungen, Förderung des Tourismus, Austausch von wissenschaftlichen Publikationen. In Anbetracht des großen Ansehens, dessen sich deutsche Wissenschaft und Technik in Bulgarien erfreut, scheint mir eine Erfüllung des bulgarischen Wunsches, auch wenn die vorgeschlagene Form nicht befriedigt, grundsätzlich in unserem Interesse zu liegen, da ein solcher Austausch unsere Stellung erheblich stärken würde und den östlichen Einfluß auf diesem Gebiet schwächen könnte. Mit einer Weiterverfolgung der Angelegenheit könnte gewartet werden, bis unsere Verhandlungen mit Rumänien, das dem Abschluß eines Kulturabkommens mit Berlin-Klausel grundsätzlich zugestimmt²⁷ hat²⁸, ein Stadium erreicht haben, die eine Änderung der rumänischen Einstellung nicht mehr zulassen. Aussichten auf Abschluß eines Kulturabkommens mit Berlin-Klausel mit anderen osteuropäischen Staaten, die durch den Notenwechsel präjudiziert werden könnten, dürften zur Zeit wohl kaum bestehen.²⁹ Falls ei-

²⁴ Für den Wortlaut des Musterabkommens vom 27. Juni 1961 vgl. Referat IV/ZAB, Bd. 105.

²⁵ Am 6. Oktober 1965 kündigte Botschafter Schmidt-Horix, z. Z. Sofia, an, am 8. Oktober 1965 solle eine „grundsätzliche Antwort auf unseren inhaltlich anscheinend positiv aufgenommenen Vorschlag erteilt werden“. Er erwarte, „daß bulgarische Regierung dem materiellen Inhalt eines Kulturvertrags im wesentlichen zustimmen dürfte, jedoch gegen die Vertragsform mit Rücksicht auf eigene schwache Stellung im Ostblock Bedenken haben wird“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 84; VS-Bd. 5156 (IV/ZAB); B 150, Aktenkopien 1965.

²⁶ Berlin (West) war in das Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 durch einen Briefwechsel über den Zahlungsverkehr einbezogen, der eine Währungsgebietsklausel enthielt. In Artikel 4, Absatz 2 war festgelegt: „Das Abkommen und der Briefwechsel über den Zahlungsverkehr bilden eine untrennbare Einheit und weichen daher in ihrem zeitlichen und räumlichen Geltungsbe- reich nicht voneinander ab.“ Vgl. VS-Bd. 3125 (II 4); B 150, Aktenkopien 1964.

²⁷ Vgl. dazu Dok. 289, Anm. 4.

Am 29. Oktober 1965 äußerte der Mitarbeiter der rumänischen Handelsvertretung, Aldea, gegen- über Legationsrat I. Klasse Peckert: „Rumänien sei wegen der unserer Ansicht nach erforderli- chen Berlinklausel in einer schwierigen Lage. Man hätte nichts gegen eine faktische Einbezie- hung Berlins. Die formelle Einbeziehung lasse Schwierigkeiten mit der Sowjetunion erwarten, insbesondere wenn sich die deutsche Presse darüber verbreite.“ Vgl. den Vermerk von Peckert vom 2. November 1965; Referat IV/ZAB, Bd. 105.

Zu den Kulturverhandlungen mit Rumänien vgl. weiter Dok. 464, Anm. 13.

²⁸ Der Passus „Mit einer Weiterverfolgung ... zugestimmt hat“ wurde von Staatssekretär Lahr her- vorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „[richtig].“

²⁹ In Vorbereitung waren Gespräche über ein Kulturabkommen mit Ungarn, die jedoch erst nach Abschluß der Verhandlungen mit Rumänien aufgenommen werden sollten. Vgl. dazu den Ver- merk des Legationsrats I. Klasse Peckert vom 9. November 1965; Referat IV/ZAB, Bd. 105. Vgl. auch Dok. 319.

Während der Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn vom 8. bis 22. November 1965 ließ der unga- rische Delegationsleiter Buzás Botschafter Emmel wissen, „daß der Kulturaustausch zwischen beiden Ländern sich recht gut entwickelt habe und zur Zeit am besten ohne formelle Abkommen

nem entsprechenden Notenwechsel mit Bulgarien zugestimmt wird, könnte dieser anlässlich der für nächsten Herbst ins Auge gefaßten Verhandlungen über die Verlängerung des Warenabkommens unterzeichnet werden. Es dürfte zweckmäßig sein, in der Zwischenzeit Sonderverhandlungen über den Wortlaut eines solchen Notenwechsels zu führen. Bulgarien hat bisher lediglich mit Frankreich als einzigem westlichen Land ein Kulturabkommen geschlossen.³⁰ Mit Italien wie auch mit anderen westlichen Ländern wurde lediglich ein „Programm des Austauschs auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaften, der Technik sowie des Unterrichtswesens“, zunächst bis 1966, vereinbart.

Über Einzelheiten der Gespräche über Kulturbeziehungen wurden gesonderte Aufzeichnungen angefertigt.³¹

5) Behandlung von Fluchthelfern

Bei dem Gespräch mit dem bulgarischen Vizeaußenminister Iwan Popow wurde eine Liste von sieben deutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland übergeben, die sich zur Zeit in bulgarischer Haft befinden, weil sie versucht haben, Angehörigen der SBZ zur Ausreise über Bulgarien zu verhelfen.³² Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß wir die relativ milde Behandlung derartiger Fälle durch die zuständigen bulgarischen Behörden anerkennen. Das bulgarische Außenministerium wurde gebeten, sich nach Möglichkeit für die vorzeitige Abschiebung der noch in Haft befindlichen Personen sowie grundsätzlich für gewisse Erleichterungen einzusetzen (raschere Benachrichtigung über Verhaftungen, sofortige Schreiberlaubnis, Freigabe der Kraftwagen nach Abschluß der Verfahren).

Gleichzeitig wurde dem bulgarischen Außenministerium ein Härtefall der Familienzusammenführung (Dimitr Wolf)³³ mit der Bitte zur Kenntnis ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1675

weiter ausgebaut werden könne. Er ließ dabei durchblicken, daß zur Zeit an ein Kulturabkommen („so wie es sich die deutsche Seite vorstelle“) von ungarischer Seite nicht gedacht würde.“ Vgl. den Entwurf von Peckert vom 8. Dezember 1965 für ein Schreiben an die Handelsvertretung in Budapest; Referat IV/ZAB, Bd. 105.

³⁰ Zwischen Bulgarien und Frankreich wurde erst am 16. Oktober 1966 ein Kulturabkommen abgeschlossen. Bis dahin wurden „jährliche Quotenvereinbarungen abgeschlossen, die genau umrissene Austauschvorhaben zum Gegenstand“ hatten. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sattler vom 28. Juni 1965 für Bundesminister Schröder; Referat IV/ZAB, Bd. 105.

³¹ Vgl. dazu die Aufzeichnung der Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander vom 16. November 1965; Referat II A 5, Bd. 994.

³² Nach Auskunft des Leiters der Zentralen Rechtsschutzstelle, Redenz, vom 29. September 1965 an das Referat II 5 befanden sich „17 Deutsche wegen Fluchthilfe bzw. Republikflucht in bulgarischem Gewahrsam“, davon sieben aus der DDR. Vgl. Referat II A 5, Bd. 994.

Am 9. November 1965 berichtete Legationsrätin Finke-Osiander, im Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister Popow sei „ohne Aufführung von Namen“ zum Ausdruck gebracht worden, daß das Auswärtige Amt es begrüßen würde, „wenn man von bulgarischer Seite eine Möglichkeit finden würde, zumindest in Härtefällen auch Personen aus der SBZ die Ausreise in die Bundesrepublik zu gestatten“. Vgl. Referat II A 5, Bd. 994.

³³ Das Auswärtige Amt war seit 1958 um die Aussiedlung von Dimitr Wolf bemüht, dessen Mutter seit 1956 in der Bundesrepublik lebte und der 1957 von einem Bürger der Bundesrepublik adoptiert worden war. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters der Zentralen Rechtsschutzstelle, Redenz, vom 29. September 1965; Referat II A 5, Bd. 994.

bracht, dem Sohn die Ausreise zu seiner in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Mutter zu gestatten.

6) Unterbringung und Tätigkeit der Handelsvertretung

Die Handelsvertretung Sofia, die bisher noch im Hotel arbeitet, beabsichtigte, Ende Oktober 1965 in eine Büroetage in der Vitoschastraße 19 umzuziehen, die allerdings für ihre Unterbringung nicht ausreicht. Insbesondere wird es wegen Raummangels nicht möglich sein, die bisher noch bei der französischen Botschaft liegende Visaerteilung zu übernehmen. Trotzdem wurde die Etage nach langwierigen Verhandlungen von deutscher Seite akzeptiert, nachdem die zuständigen bulgarischen Stellen zwei Zusicherungen gegeben hatten:

- a) für die endgültige Unterbringung der Handelsvertretung (Kanzlei und Residenz) einen Neubau zu errichten, der im Herbst 1966 bezugsfertig sein soll,
- b) der Handelsvertretung möglichst rasch zur Ergänzung der Etage – insbesondere für die Visaerteilung – weitere fünf bis sechs Räume in einem der Vitoschastraße 19 nahegelegenen Gebäude zuzuweisen.³⁴

Während der Handelsvertragsverhandlungen wurde in einem Schreiben des deutschen Delegationsleiters an den Leiter der bulgarischen Delegation nochmals darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung auf die Einhaltung dieser beiden Zusicherungen großen Wert lege. Dies wurde auch in dem Gespräch mit Vizeaußenminister Iwan Popow zum Ausdruck gebracht. Mit einer Verzögerung der Fertigstellung des Neubaus muß allerdings wohl gerechnet werden, da für diesen noch nicht einmal die Pläne, die während der Anwesenheit der Delegation in Sofia von einem Vertreter der Bundesbaudirektion geprüft wurden, endgültig fertiggestellt sind. Der bulgarische Delegationsleiter übermittelte offiziell das Ersuchen, der bulgarischen Handelsvertretung in Frankfurt die Einrichtung einer Funkverbindung mit Sofia zu genehmigen. Auch unsere Handelsvertretung in Sofia wäre an der Einrichtung eines Funkverkehrs auf Basis der Gegenseitigkeit stark interessiert, da die Telefon- und Fernschreibverbindungen nach Bonn häufig längere Zeit blockiert sind.³⁵ Die

³⁴ Die Handelsvertretung in Sofia lehnte die im Januar 1965 angebotenen Diensträume als zu teuer und zu klein ab, da dort die vorgesehene Paß- und Sichtvermerksstelle nicht eingerichtet werden könne. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 251 des Leiters der Handelsvertretung, Herrmann, vom 24. Mai 1965 sowie die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 6. Juli 1965; Referat II A 5, Bd. 993.

Am 4. August 1965 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar dazu, der Annahme der vom bulgarischen „Büro für die Betreuung des diplomatischen Korps“ angebotenen Büroetage für die Handelsvertretung werde nur „unter der Voraussetzung zugestimmt [...], daß das Objekt im Mietvertrag ausdrücklich als Provisorium bezeichnet wird und die bulgarische Seite sich darin verpflichtet, geeignete endgültige Diensträume bis zu einem festen Termin bereitzustellen“. Vgl. Referat III A 6, Bd. 239.

³⁵ Am 16. November 1965 befürwortete Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath die Herstellung einer Funkverbindung zur Handelsvertretung in Sofia, sofern das Referat Z B 6 „die Notwendigkeit und die Möglichkeit“ dazu bejahe. Handschriftlich ergänzte er: „Anderenfalls haben wir derzeit keinen gewichtigen Grund, der dafür sprechen könnte, jetzt den Bulgaren ein weiteres Vorrecht in Gestalt einer Funkverbindung zuzugestehen.“ Vgl. Referat II A 5, Bd. 993. Vortragender Legationsrat I. Klasse Karstien stellte am 14. Dezember 1965 dazu fest, „daß für die Einrichtung der in Rede stehenden Funkverbindung zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder das

erbetene Drahtweisung zu dieser Frage lag bis Abschluß der Verhandlungen noch nicht vor.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär³⁶ vorgelegt.

Schmidt-Horix

VS-Bd. 8364 (II A 6)

409

Gespräch des Bundesministers Westrick mit dem israelischen Botschafter Ben Natan

MB 3440/65 VS-vertraulich

4. November 1965¹

Am Donnerstag, dem 4. November 1965, empfing Herr Bundesminister Westrick den israelischen Botschafter um 9.30 Uhr zu einem etwa einstündigen Gespräch, an dem der Unterzeichnete² teilnahm.

Herr Bundesminister *Westrick* bat Herrn Ben Natan zunächst, die Glückwünsche des Herrn Bundeskanzlers an Ministerpräsident Eshkol zu seinem gerade errungenen Wahlerfolg³ auszusprechen. Er entschuldigte sich dann, daß er erst jetzt dazu komme, Herrn Ben Natan zu empfangen, obwohl der Termin schon vor längerer Zeit erbeten worden sei. Die schwierigen Haushaltsverhandlungen⁴ hätten einen früheren Zeitpunkt nicht zugelassen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1677

notwendige Personal noch die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen.“ Vgl. Referat II A 5, Bd. 993.

³⁶ Hat Staatssekretär Carstens am 6. und Staatssekretär Lahr am 8. November 1965 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für Gespräch mit St[aats]S[ekretär] Langer.“ Lahr leitete die Aufzeichnung an Bundesminister Schröder weiter, dem sie am 14. November 1965 vorlag.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 5. November 1965 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 7. November 1965 vorgelegen.

² Horst Osterheld.

³ Bei den Parlamentswahlen vom 2. November 1965 errang die Mapai-Partei 45 Sitze und wurde damit stärkste Fraktion. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 222.

⁴ Nachdem das Bundeskabinett bereits am 14. Juli 1965 die Ressorts zur Kürzung ihrer bisherigen Voranschläge für den Haushalt 1966 verpflichtet hatte, wurde in der ersten Sitzung des neuen Bundeskabinetts vom 27. Oktober 1965 ein Kabinettausschuß eingesetzt, der Vorschläge zur Sicherung des Haushaltsausgleichs zu erarbeiten hatte. Aufgrund dieser Vorschläge beschloß das Bundeskabinett am 2. November 1965 eine Begrenzung des Gesamtvolumens auf 69,4 Mrd. DM. Die notwendigen Einsparungen von insgesamt 7 Mrd. DM sollten durch ein Haushaltssicherungsgesetz erzielt werden. Zu den vorgesehenen Maßnahmen vgl. die Presseerklärung des Bundesministers Dahlgrün vom 3. November 1965; BULLETIN 1965, S. 1421 f. Für einen Auszug vgl. Dok. 422, Anm. 9.

Zum Haushaltssicherungsgesetz vgl. weiter Dok. 439, Anm. 9.

Herr *Ben Natan* bedankte sich, sagte dann aber, daß er nicht in bester Stimmung komme, da die Verhandlungen mit Herrn Staatssekretär Lahr feststeckten.⁵ Bei der letzten Begegnung habe Herr Westrick davon gesprochen, daß keine „zweigleisigen“ Leistungen in Frage kämen, sondern daß nur eine Wirtschaftshilfe gegeben werden könne.⁶ Jetzt sähe es so aus, als ginge es nicht mehr um die Frage von zwei verschiedenen Gleisen, sondern als sollten die israelischen Wünsche auf einen ganz anderen Bahnhof überstellt werden, was für Israel unannehmbar sei. Bei den Verhandlungen im April⁷ habe Herr Birrenbach einiges gesagt, was von israelischer Seite als Erklärung der Bundesregierung aufgefaßt worden sei. So habe er u. a. erklärt, daß die von Herrn Eshkol für die zukünftige Wirtschaftshilfe genannte Summe von 50 Mio. Dollar „nicht ganz“ erreicht werden könne.⁸ Bald darauf habe Herr Birrenbach dann erklärt, das Wort „ganz“ müsse im Protokoll gestrichen werden. Immerhin sei damit aber die Grundlage für eine weitere wesentliche Zahlung geschaffen worden.

Herr Bundesminister *Westrick* erklärte demgegenüber, daß er diese Interpretation nicht akzeptieren könne. Er habe damals auch gegenüber Herrn Shinnar sofort klargestellt, daß hier eine eindeutige Meinungsverschiedenheit vorliege. Leider sei aber wegen des Drängens der öffentlichen Meinung in Israel und in Deutschland allgemein die Auffassung gewesen, den Abschluß des Abkommens nunmehr nicht mehr länger hinauszögern zu können; dadurch wären nicht mehr Zeit und Gelegenheit gewesen, die eindeutig vorhandenen Meinungsverschiedenheiten vor Abschluß aufzuklären. Herr *Ben Natan* entgegnete, daß Mitglieder der israelischen Regierung der Meinung seien, sie seien einer Täuschung zum Opfer gefallen⁹ – wobei es auch eine Selbsttäuschung sein könne –. Jedenfalls habe man sich in Israel andere Vorstellungen gemacht als die, von denen Herr Lahr jetzt ausginge. Die Vorschläge, die Herr Staatssekretär Lahr gemacht habe – nur projektgebundene Entwicklungshilfe, keine festen Beträge¹⁰, seien für Israel unannehmbar.¹¹

Herr Bundesminister *Westrick* erklärte zunächst, daß natürlich von einer Täuschung gar keine Rede sein könne; denn in seiner Anwesenheit habe der Herr Bundeskanzler noch vor dem Austausch der Papiere Herrn Shinnar ganz eindeutig auf den Dissens hingewiesen. Die Bundesrepublik Deutschland könne

⁵ Zu den deutsch-israelischen Wirtschaftsverhandlungen vgl. zuletzt Dok. 387.

⁶ Für das Gespräch vom 6. September 1965 vgl. Dok. 343.

⁷ Zum Ergebnis der Verhandlungen des Sonderbeauftragten Birrenbach vom 6. bis 14. April 1965 vgl. Dok. 185.

⁸ Vgl. dazu Dok. 181, Anm. 9.

⁹ Vgl. dazu auch Dok. 420.

¹⁰ Die Wörter „keine festen Beträge“ wurden von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹¹ In einer Besprechung im Bundeskanzleramt am 5. November 1965 berichtete Bundesminister Westrick, der israelische Botschafter Ben Natan habe erklärt, „die Angebote, die die Bundesregierung mache, blieben weit hinter den israelischen Erwartungen zurück“. Dazu stellte Staatssekretär Lahr handschriftlich fest: „Ich habe noch gar kein Angebot gemacht, sondern warte die Entscheidung des Bundeskanzlers und der beteiligten Minister ab.“ Vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 5. November 1965; VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

eben nicht die Aktion „Geschäftsfreund“¹² weiterlaufen lassen und zusätzlich beträchtliche neue Wirtschaftshilfe leisten. Daher habe der Herr Bundeskanzler klar darauf verwiesen, daß man in der Zukunft nicht doppelgleisig, sondern nur eingleisig fahren müsse.¹³ Herr Bundesminister Westrick bat auch den Botschafter, sich mehr in unsere eigene Lage zu versetzen. Dem Herrn Botschafter sei bekannt, daß die Bundesregierung in dem Budget für 1966 auf allen Gebieten drastische Kürzungen vornehmen müsse. Das Hinausschieben der zugesagten Erhöhung der Beamtengehälter werde ihr als Wortbruch angekreidet; die Streichungen auf dem sozialen Gebiet würden als unverantwortlich hingestellt.¹⁴ Außerdem wisse Herr Ben Natan, daß die Abrede zwischen den Herren Adenauer und Ben Gurion von der Bundesregierung nicht als Verpflichtung anerkannt werden könne.¹⁵

Herr *Ben Natan* erklärte, bei dem letzten Gespräch habe Herr Westrick gesagt, es komme nicht so sehr auf ein- oder zweigleisig als auf die Summe an. Jetzt scheine es, daß Israel nunmehr auf dem vorgeschlagenen einen Gleis weniger¹⁶ bekommen solle als früher auf dem schlechtesten Gleis.

Nachdem Zahlen genannt wurden, wie hoch eigentlich der „Geschäftsfreund-Betrag“ gewesen sei, und Herr Ben Natan Herrn Westrick zustimmte, daß er zuletzt nur etwa 150 Mio. DM betragen habe, meinte Herr Bundesminister *Westrick*, ihm schwebte nicht unbedingt vor, erheblich unter diesem Betrag zu bleiben. Natürlich habe er aber nicht an einen wesentlich höheren Betrag gedacht; die Frage müsse im Kabinett behandelt werden.¹⁷

Herr *Ben Natan* kam dann auf ein weiteres Argument von Herrn Staatssekretär Lahr zu sprechen, wonach die Entwicklungshilfe an Israel mit derjenigen an die arabischen Länder in ein vertretbares Verhältnis gesetzt werden müsse.¹⁸ Auch das sei ein für Israel unannehmbares Argument. Es habe so ausgesehen, als seien beide Länder (Deutschland und Israel) nach dem Austausch der diplomatischen Vertretungen auf dem besten Wege gewesen, für lange Zeit ein gutes Verhältnis zueinander zu finden. Die Stimmung in Israel sei nach den ersten Anfängen sehr viel besser geworden. Wenn die Argumente von Herrn Staatssekretär Lahr aber in Israel bekannt würden – und in der FAZ habe schon fast genau das gestanden, was Herr Lahr ihm gesagt habe¹⁹ – dann befürchte er, Ben Natan, daß die beiderseitigen Beschuldigungen wieder

¹² Zur geheimgehaltenen Gewährung von Krediten an Israel vgl. Dok. 2, besonders Anm. 7, 8 und 10.

¹³ Aus dem Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Leiter der Israel-Mission am 4. Mai 1965 hielt Staatssekretär Carstens am selben Tag fest: „Der Herr Bundeskanzler brachte klar zum Ausdruck, daß eine Zweigleisigkeit unserer Hilfe an Israel völlig ausgeschlossen sei.“ Vgl. VS-Bd. 8449 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁴ Vgl. dazu die Artikel „Erhard erwartet Verständnis für die Sparmaßnahmen“ und „Schmerzhaftes Kürzungen der Bundesausgaben“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 256 vom 3. November 1965, S. 1, bzw. Nr. 257 vom 4. November 1965, S. 1.

¹⁵ Zu dieser Auffassung der Bundesregierung vgl. Dok. 200, Anm. 11.

¹⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Bemerkung: „Für diese Annahme habe ich keinen Anhaltspunkt gegeben.“

¹⁷ Vgl. dazu weiter Dok. 425.

¹⁸ Vgl. dazu bereits Dok. 256.

¹⁹ Vgl. den Artikel „Israel erwartet Wirtschaftshilfe – nicht Entwicklungshilfe“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 238 vom 13. Oktober 1965, S. 3.

begännen und eine Situation einträte wie zu Beginn dieses Jahres. Wenn nur 120 oder 150 Mio. DM zu 4 % und projektgebunden angeboten würden²⁰, nähme Israel lieber nichts. Es habe schon schwierigere, ähnliche Entschlüsse in der Vergangenheit gefaßt.

Herr Bundesminister *Westrick* bat den Botschafter, auch die deutschen Grenzen zu sehen, und schlug ihm vor, an der Haushaltsdebatte im Bundestag²¹ teilzunehmen. Wir hätten den besten Willen, seien aber an Grenzen gelangt und nicht bereit, die Stabilität unserer Währung zu gefährden. Die Phase einer ungünstigeren wirtschaftlichen Entwicklung werde, wenn wir jetzt alle Maßnahmen träfen, nur kurze Zeit dauern, dann könnten wir vielleicht die Entwicklungshilfe und damit auch die Hilfe an Israel leichter handhaben. Zur Zeit aber könnten wir auf den meisten Gebieten nicht einmal das Derzeitige beibehalten. Außerdem müßten wir Deutschen auch auf die Verhältnisse in den arabischen Ländern Rücksicht nehmen. Die Sowjets setzten sich im arabischen Raum stärker fest. In dem Vertrag, den Professor Böhm seinerzeit für die Bundesregierung geschlossen habe, stehe, daß nach Abwicklung dieses Vertrages Israel an die Bundesrepublik keine weiteren Forderungen mehr stellen werde²²; daran sei nichts zu deuteln. Er, *Westrick*, nehme die Intervention von Herrn Ben Natan sehr ernst und wolle das Mögliche versuchen; unsere Grenzen seien aber eng gezogen. Vor dem 26. November könne das Kabinett damit nicht befaßt werden. Schließlich wolle er noch erwähnen, daß die deutsche Öffentlichkeit die verschiedenen Zahlungen natürlich zusammenrechne, also auch die Leistungen an die jüdischen Organisationen und andere Wiedergutmachungszahlungen²³, die für Israel doch zumindest eine kräftige Devisenhilfe bedeuteten.

Herr *Ben Natan* meinte dann, ob nicht einige praktische Kompromißvorschläge möglich seien, da die endgültige Aushandlung der Meinungsverschiedenheiten sicher noch lange dauere. Wie wäre es, wenn Deutschland ein Jahr lang 70–80 Mio. DM in „Geschäftsfreund“-Art leiste und einen weiteren Betrag als projektgebundene Wirtschaftshilfe.²⁴ Im folgenden Jahr könne der „Geschäftsfreund“-Anteil geringer werden und im dritten Jahr vielleicht ganz verschwinden; dann könne die aller Welt offen liegende Entwicklungshilfe das einzige Geleise bleiben. Er habe mit Herrn Abs gesprochen, der diese Gedan-

²⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Keiser faßte am 28. September 1965 eine Stellungnahme des Botschafters Pauls, Tel Aviv, zu den israelischen Wünschen zusammen. Neben einer Finanzhilfe für eine Entsalzungsanlage wünsche Israel „Mittel zur freien Finanzierung dringenden israelischen Importbedarfs“. Pauls empfehle „Projektgebundenheit und macht darauf aufmerksam, daß bei der Zahlung von jeder frei disponiblen Summe die Gefahr bestehe, daß wir in Verbindung gebracht werden mit israelischen Waffenkäufen“. Vgl. Referat III B 6, Bd. 454.

²¹ Vom 29. November bis 2. Dezember 1965 fand die erste Beratung im Bundestag über das Haushaltssicherungsgesetz statt. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 60, S. 82–136, S. 139–174, S. 231–253 und S. 353–389.

²² Vgl. das Schreiben der israelischen Regierung anlässlich des Abschlusses des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952; BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 65. Vgl. dazu auch Dok. 173.

²³ Vgl. dazu besonders Dok. 103.

²⁴ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „1965 ist das möglich (75 sind schon gezahlt worden). Aber dann keine geheimen Absprachen mehr.“

ken sehr gut gefunden habe. Da die Entwicklungshilfe in den ersten Jahren dann nur etwa 70–80 Mio. DM betrage, brauchten wir auch den Arabern weniger zu zahlen. Auf den Einwand von Herrn *Westrick*, daß diese Dinge ja nicht geheim zu halten seien – was Herr Ben Natan übrigens bestritt – machte *Ben Natan* den weiteren Vorschlag, daß Deutschland noch einmal eine Überbrückungszahlung²⁵ leisten möge, so wie seinerzeit nach Verhandlungen mit Herrn Shinnar.²⁶ Er, Ben Natan, habe den Eindruck, daß Herr Staatssekretär Lahr unter Umständen zustimmen werde, einen derartigen Vorgriff zu machen, wenn die prinzipielle Übereinkunft zustande komme.

Herr Bundesminister *Westrick* erinnerte nochmals an den Israel-Vertrag von Professor Böhm, wonach Israel keine weiteren Forderungen mehr an uns stellen wolle. Herr *Ben Natan* erwiderte, daß es für Israel hier eine klare Grenze gebe. Wenn seine Regierung dann sage, sie wolle gar nichts, so werde Deutschland dadurch zwar Geld sparen, aber viel anderen Ärger bekommen; ein Kompromiß sollte im Interesse beider gefunden werden.

Herr Bundesminister *Westrick* sagte zu, die Vorschläge von Herrn Ben Natan zu überdenken und mit dem Herrn Bundeskanzler zu besprechen. Vor Ende November werde man kaum etwas tun können.²⁷ Er bitte den Botschafter um Geduld und versicherte nochmals, daß der beste Wille für die Schaffung guter Beziehungen zu Israel vorhanden sei.

Die ganze Unterhaltung verlief in einer sehr höflichen und freundlichen Atmosphäre. Botschafter *Ben Natan* unterstrich, daß Herr Pauls sich nach den anfänglichen unfreundlichen Reaktionen²⁸ nun in Israel doch offenbar sehr wohl fühle und guten Kontakt zu den dortigen Kreisen gewonnen habe.

VS-Bd. 444 (Büro Staatssekretär)

²⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

²⁶ Die Höhe der halbjährlich von der Bundesrepublik gezahlten Tranchen im Rahmen der Aktion „Geschäftsfreund“ wurden jeweils zwischen Staatssekretär Lahr und dem Leiter der Israel-Mission neu verhandelt. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 382 und 437; AAPD 1964, II, Dok. 230.

²⁷ Vgl. weiter Dok. 440.

²⁸ Am 19. August 1965 berichtete Botschafter Pauls, Tel Aviv, über Demonstrationen anlässlich der Überreichung des Beglaubigungsschreibens bei Präsident Shazar: „Die Anfahrt im Wagen des Präsidenten vollzog sich auf den letzten Kilometern unter ohrenbetäubendem Geschrei mehrerer Tausend mit Plakaten auf beiden Seiten der Straße aufmarschierten Demonstranten. Der Lärm erreichte einen ersten Höhepunkt beim Abspielen unserer Nationalhymne.“ Das Gespräch mit Shazar und der israelischen Außenministerin Meir „mußte länger dauern, als vorgesehen war, da inzwischen die Polizei offensichtlich vorübergehend die Kontrolle über die Demonstranten außerhalb der Präsidentschaft verloren hatte. Ohne das Eingreifen berittener Polizei und des vorzüglich funktionierenden Sicherheitsdiensts, der die Wagen abschirmte, hätte meine Abfahrt in einem Chaos geendet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 24; VS-Bd. 2566 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer**I B 4-82.00-92.22-3604/65 VS-vertraulich****9. November 1965**

Betr.: Sondierung des bisherigen jordanischen Botschafters in Bonn über die Möglichkeit einer deutsch-jordanischen Annäherung

Botschafter Juma, der bis zum Abbruch der Beziehungen bei uns akkreditiert war und jetzt Jordanien im Libanon vertritt, war am 30./31. Oktober in Bonn. Er hat durch den Presseattaché Dajany der jordanischen Interessenvertretung vorführen lassen, ob wir im Prinzip bereit wären, als ersten Schritt in Richtung auf eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen¹ der Errichtung eines jordanischen Generalkonsulats in Bonn zuzustimmen. Das Generalkonsulat sollte in den Räumen der bisherigen jordanischen Botschaft fungieren. Als Generalkonsul sollte ein hoher jordanischer Beamter entsandt werden, der durch seinen Rang die Gewähr bietet, ein Gesprächspartner für die Bundesregierung zu sein. Hierdurch erübrige sich der umständliche Weg über die Schutzmacht.

Der Gesprächspartner gab zu verstehen, daß Botschafter Juma bisher noch nicht ermächtigt sei, den Vorschlag offiziell vorzubringen. Er wolle zunächst die deutsche Reaktion abwarten, bevor die Frage König Hussein zur Entscheidung vorgelegt werde. Da Botschafter Jumas Bruder der Hofminister ist und beide Brüder Juma in engster Verbindung mit dem Ministerpräsidenten² stehen und sich bei König Hussein hoher Gunst erfreuen, glaubt Herr Dajany, daß ein entsprechender Vorschlag die Billigung König Husseins finden werde.

In der folgenden Unterhaltung wies ich bei aller Würdigung der guten Absichten Botschafter Jumas auf die grundsätzlichen Bedenken hin, die der Errichtung eines Generalkonsulats an Stelle der bisherigen Botschaft entgegenstehen. Da die konsularischen Beziehungen zwischen uns und Jordanien nicht abgebrochen seien, stehe es der jordanischen Regierung natürlich jederzeit frei, ein Generalkonsulat im Bundesgebiet einzurichten. Fraglich sei lediglich, ob es zweckmäßig sei, die bisherige Botschaft in Form eines Generalkonsulats in den alten Büroräumen wieder zu eröffnen. Das Ziel der Bundesregierung sei die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die notwendig sei, um die Normalisierung unserer Nahostpolitik praktisch durchführen zu können. Wir hätten daher kein Interesse an Ersatzlösungen, die die Gefahr mit sich brächten, daß beide Teile sich mit dem Status quo abfinden. Darüber hinaus wären wir verständlicherweise grundsätzlich wenig geneigt, zwischenstaatliche Beziehungen nur auf der Ebene von Generalkonsulaten zu pflegen, da diese Formel von der SBZ mangels völkerrechtlicher Anerkennung angewandelt werde.

¹ Zu den jordanischen Bestrebungen, baldmöglichst zu einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik zu kommen, vgl. auch Dok. 189.

² Wasfi Tell.

Herr Dajany wies darauf hin, daß in der arabischen Welt die Errichtung eines Generalkonsulats keinesfalls als Ersatzlösung, sondern als ein erster Schritt auf die Wiedererrichtung der Botschaft aufgefaßt werde. Die Bekanntgabe der Eröffnung eines sudanesischen Generalkonsulats³ und die Entsendung eines hohen sudanesischen Beamten als Generalkonsul⁴ würden von den arabischen Staaten eindeutig als positiver Schritt des Sudan gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gewertet. Vielleicht sei die Bekanntgabe des sudanesischen Schrittes Anlaß für Botschafter Juma gewesen, eine ähnliche Lösung für Jordanien anzustreben.

Nach Lage der Dinge und nach Auffassung Botschafter Jumas sei die Wiederherstellung des Status quo ante nicht durch sofortige Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen möglich, sondern müsse zweckmäßigerweise durch eine Politik der kleinen Schritte erfolgen.

Es blieb bei Gesprächsabschluß offen, welche endgültige Haltung wir gegenüber dem Angebot Botschafter Jumas einnehmen würden.⁵ Ich habe Herrn Dajany zugesagt, die Angelegenheit mit größter Diskretion vertraulich höheren Orts zur Prüfung vorzutragen und ihn zu gegebener Zeit über unsere weiteren Überlegungen zu unterrichten.⁶ Ich bat, Herrn Botschafter Juma, der uns als guter Freund Deutschlands in angenehmster Erinnerung sei, für seinen guten Willen und die Initiative meinen Dank zu übermitteln.

Schirmer

VS-Bd. 2568 (I B 4)

³ Am 2. Juni 1965 beschloß das Bundeskabinett, dem Sudan die Errichtung eines Generalkonsulats zu genehmigen, jedoch „diese Genehmigung aus politischen Gesichtspunkten nur für eine Zeit von 6 Monaten zu erteilen und keinen Dauerzustand daraus werden zu lassen“. Vgl. den Vermerk des Legationsrats I. Klasse Koch vom 11. Juni 1965; VS-Bd. 2560 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

⁴ Für den Posten des Generalkonsuls war der bisherige Leiter der Politischen Abteilung im sudanesischen Außenministerium, El Baghir, vorgesehen.

⁵ Am 22. November 1965 nahm Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg Stellung. Er befürchtete, „daß bei Schaffung eines zweiten Präzedenzfalles (nach dem Sudan) andere arabische Staaten mit großer Wahrscheinlichkeit auch den Zwischenweg über Generalkonsulate antreten werden, was zu einer Minderung des Anreizes führen könnte, volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Wenn es andererseits gelänge, im Zuge der Verhandlungen über die Errichtung des Generalkonsulats mit Jordanien einen Zeitplan für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen festzulegen, würden die befürchteten Folgen weniger ins Gewicht fallen.“ Er empfahl, zunächst eine erneute Fühlungnahme durch Botschafter Juma abzuwarten. Vgl. VS-Bd. 2568 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

⁶ Am 21. Januar 1966 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer handschriftlich zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 22. November 1965: „Jordanien hatte in den letzten Monaten große Schwierigkeiten mit der Palästina-Befreiungs-Organisation (Shukeyri), die durch Vermittlung der Arab[ischen] Liga (Hassuna) kürzlich in einem Kompromiß nur notdürftig beigelegt worden sind. Von Jordanien ist daher eine Initiative z. Z. nicht zu erwarten. Botsch[after] Juma hat sich auch nicht wieder gemeldet.“ Vgl. VS-Bd. 2568 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

**Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO),
an Ministerialdirektor Krapf**

II A 7-81-08-5-4493/65 geheim

10. November 1965¹

Lieber Franz,

durch Vermittlung von Eric Warburg hatte ich gestern ein recht interessantes Gespräch mit Finletter, den ich vorher noch nicht kannte. Finletter hatte zu Warburg einige recht kritische Äußerungen über die Politik seiner Regierung gemacht und sich, bevor wir uns trafen, bei Warburg danach erkundigt, ob man auch mit mir offen reden könne. Erst als dieses bejaht wurde, kam die Verabredung zustande.

Finletter begann selbst damit, daß er die Zusammenarbeit mit Walther und Grewe und überhaupt die deutsche Mitarbeit in der NATO lobte. Er selbst habe aber seit Beginn dieses Jahres bei ständig zunehmenden Arbeitsstunden „diminishing returns“ festgestellt und die Lust an der Sache verloren.² De Gaulle mache die ganze NATO, wo und wie er könne, kaputt³, und die seine Tätigkeit begleitende Pressemusik stelle die Wahrheit auf den Kopf, so sei insbesondere der Leitartikel in Le Monde vom 2. November 1965⁴ mit der Behauptung, das State Department mache Pressepropaganda gegen de Gaulle, völlig aus den Fingern gezogen. Er bedauere es und halte es für falsch, daß wir an der MLF nicht mehr so energisch mitzögen wie zu Anfang.⁵ Auf seine Frage, wie ich mir das erkläre, sagte ich, dieses Thema liege nicht auf meinem desk, aber die Tatsache, daß Deutschland zum Schluß als alleiniger Bannerhalter für dieses in- und außerhalb der NATO so umstrittene Projekt hätte auftreten müssen, habe nach unserem Eindruck in der öffentlichen Meinung der USA

¹ Privatdienstschreiben.

Ministerialdirektor Krapf verfügte am 15. November 1965 handschriftlich: „Dem Herrn Staatssekretär vorzulegen.“

Hat Staatssekretär Carstens am 20. November 1965 vorgelegen, der das Schreiben Bundesminister Schröder zur Kenntnis gab.

Hat Schröder am 28. November 1965 vorgelegen.

² Botschafter Finletter trat im Juli 1965 von seinem Posten als amerikanischer Ständiger Vertreter bei der NATO in Paris zurück. Vgl. dazu GREWE, Rückblenden, S. 616.

³ Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten zur NATO vgl. Dok. 348, Anm. 17.

⁴ Vgl. den Artikel „Rupture de la trêve franco-américaine“; LE MONDE, Nr. 6470 vom 2. November 1965, S. 1.

⁵ Zu diesem in der amerikanischen Regierung bestehenden Eindruck vgl. auch Dok. 206.

Am 18. November 1965 berichtete Botschafter Knappstein, Washington, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium Leddy habe sich „etwas alarmiert“ über eine Meldung aus Bonn gezeigt, wonach „der Herr Bundesminister Botschafter McGhee gesagt habe, er werde nach London gehen ‚and wait and see what the British would say‘. Leddy meinte, eine solche rein rezeptive Haltung des Bundesministers in London würde es der amerikanischen Seite sehr schwer machen, die deutschen Wünsche zu unterstützen. Die Engländer würden wahrscheinlich wiederum sagen, ‚It's only the Americans who want a NATO nuclear force.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2839; VS-Bd. 1372 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

Vgl. auch Dok. 423, Anm. 28.

ungünstig auf die Sache selbst und schlecht auch für Deutschland gewirkt.⁶ Gleichzeitig sei damals auch eine Publizitätskampagne wegen der Verjährungsfristen gegen Deutschland geführt worden⁷, und im Zuge dieser Entwicklungen habe sich bei uns die Ansicht zu verbreiten begonnen, daß man in den USA auch second thoughts über die ganze MLF bekommen habe.⁸ Dies, sagte Finletter, sei eine vollkommen unrichtige Auffassung. Er könne mir versichern, daß die ganze Publizitätskampagne in Washington nicht den geringsten Eindruck hinterlassen habe. Niemals sei bei irgendeinem maßgeblichen Beamten des State Department oder einem Regierungsmitglied bei der Diskussion der MLF irgendetwas derartiges angeklungen.

Ich fragte ihn sodann nach seinem Eindruck von der Abrüstungsdebatte, insbesondere über die Weltabrüstungskonferenz.⁹ Ich könnte mich, wenn ich die Tätigkeit Fosters und seiner Leute in New York beobachtete, des Eindrucks nicht erwehren, daß sie nicht mit vollem Herzen bei der Sache sind. Zuerst hätte ich gedacht, daß dies das Naturell Fosters sei, dessen Arbeitsmethoden einen leichten und detached touch hätten. Später sei ich jedoch mehr zu der Ansicht gekommen, daß Foster etwas im luftleeren Raum operiere. Hier fiel Finletter mit allen Zeichen der Zustimmung ein und sagte, diese Analyse könne er nur vollauf bestätigen. Er habe mit Rusk, Ball, Leddy und anderen ständigen und engen Kontakt und könne mir nur sagen, daß die gesamten Operationen auf dem Abrüstungssektor in Washington kaum Interesse auslösten, jedenfalls nicht primäres Gewicht besäßen. Er könne dies nicht deutlich genug sagen. Man lasse Foster einfach, um meine Formulierung aufzunehmen, „im luftleeren Raum“ operieren, interessiere sich aber in Wirklichkeit sehr viel mehr für die Atomzähne in der NATO und achte nur darauf, daß in den Abrüstungsabreden keine die MLF gefährdenden oder in Frage stellenden Formulierungen verwandt würden. Wir sollten uns also weder wegen der non-proliferation¹⁰ noch wegen der WAK Sorgen machen. Es sei nötig, daß wir

⁶ Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 39.

⁷ Vgl. dazu den Artikel von Jan Reifenberg: „Verjährungsfrist und amerikanische Öffentlichkeit“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 30 vom 5. Februar 1965, S. 2.

Zu den Bemühungen jüdischer Interessenverbände, eine Verlängerung der Verjährungsfrist zu erreichen, vgl. auch AAPD 1964, II, Dok. 276.

⁸ Vgl. dazu auch Dok. 398.

⁹ Vgl. dazu Dok. 391.

Noch am 23. November 1965 notierte Botschafter Schnippenkötter zur Haltung der Verbündeten: „Die Mehrzahl der NATO-Staaten beurteilt die Aussichten eines Erfolges der WAK skeptisch. [...] Die Vereinigten Staaten [...] sähen es lieber, wenn die WAK nicht oder doch jedenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt zustande käme. [...] Keinesfalls wollen sie, daß Rotchina um den Preis des Ausschlusses Nationalchinas an den Konferenztisch der WAK gebracht würde. In diesem Zusammenhang denken sie sogar daran, die Möglichkeit ihres eigenen Fernbleibens auszuspielen.“ Vgl. VS-Bd. 4023 (211/II 8); B 150, Aktenkopien 1965.

Nach der Verabschiedung der Resolution des Politischen Ausschusses der UNO vom 23. November 1965 zur Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz „aller Länder“ nicht später als 1967 empfahl Schnippenkötter, aus „der taktischen Schwenkung der Amerikaner (Zustimmung zur WAK-Resolution, aktive Rolle in der nächsten Phase)“ Nutzen zu ziehen. Der amerikanische Einfluß solle dafür genutzt werden, der Bundesrepublik einen Platz im Vorbereitungsausschuß für die Konferenz zu sichern. Vgl. die Aufzeichnungen vom 23. und 25. November 1965; VS-Bd. 4023 (211/II 8); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁰ Zum geplanten Nichtverbreitungsabkommen vgl. zuletzt Dok. 396.

Am 8. November 1965 nahm der Politische Ausschuß der UNO eine Resolution zur Nichtverbrei-

unsere Wünsche und Anregungen betreffend die Festigung der Zusammenarbeit mit der US-Regierung in deutlicher Form in Washington anhängig machen. Hierfür biete sich bei dem bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers¹¹ eine einzigartige, nicht wiederkehrende Gelegenheit. Es sei notwendig, daß der Kanzler dabei eine feste Sprache führe und mit klaren Vorstellungen nach Washington komme. Nach seiner, Finletters, Auffassung sei die MLF immer noch eine gute, gangbare und durchführbare Lösung. Die Holländer würden sicher mitmachen¹² – als Beweis hierfür zitierte er aus einer Unterhaltung mit Luns. Auch die Italiener seien, wenn auch zögernd, bereit.¹³ Spaak allerdings neige seinem Naturell und seiner Herkunft nach stark zur französischen Auffassung¹⁴, wenn auch eine ihm hinterbrachte Äußerung de Gaulles – „La Belgique ce n'est pas un Etat“ – diese Neigung letzthin etwas abgeschwächt habe. Die Engländer endlich habe er abgeschrieben, seine Unterhaltungen mit Stewart – offenbar während dessen Anwesenheit in New York vor zwei bis drei Wochen¹⁵ – haben ihn zu der Überzeugung gebracht, daß die Labour-Regierung nicht wisse, was sie wolle.¹⁶ Chalfont habe ganz unausgeglichene Ideen und sei bei allen strategischen Diskussionen keine Hilfe. Wir könnten sicher sein, daß die US-Regierung, wenn wir nur festblieben, die Sache

Fortsetzung Fußnote von Seite 1686

tung von Kernwaffen an. Dazu berichtete Legationsrat I. Klasse Diesel, z. Z. New York, am selben Tag, daß danach die 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf „so bald wie möglich“ wieder zusammentreten und vordringlich die Nichtverbreitung behandeln solle. Weiter stellte er fest: „Es ist bemerkenswert, daß sowohl Amerikaner wie Sowjets einer keineswegs substanzlosen NV-Resolution zustimmten, die gewisse Richtlinien für die weiteren Verhandlungen enthält.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1087; Referat II 8, Bd. 50.

¹¹ Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 20. Dezember 1965 in Washington vgl. Dok. 465–469.

¹² Zur niederländischen Haltung zur MLF vgl. Dok. 49, Anm. 13.

Am 29. November 1965 teilte der niederländische Verteidigungsminister Botschafter Knoke, Den Haag, mit, daß mit der Entscheidung, die Niederlande nicht an der Arbeitsgruppe des Special Committee für nukleare Planung zu beteiligen, „die ohnehin recht fraglichen Chancen einer Beteiligung der Niederlande an der MLF oder einer ähnlichen Organisation noch sehr viel geringer geworden seien als bisher“. De Jong machte gegen die MLF die Haltung der skandinavischen NATO-Partner, technische Bedenken sowie „die Erhöhung der Eskalationsgefahr wegen der zu hoch gegriffenen Bewaffnung der MLF (Polaris-Raketen mit atomaren Sprengkörpern)“ geltend. Vgl. den Drahtbericht Nr. 310; VS-Bd. 2023 (201); B 150, Aktenkopien 1965.

¹³ Zur italienischen Haltung zur MLF vgl. Dok. 81.

Während der Halbjahrestagung der „Atlantic Policy Advisory Group (APAG)“ vom 12. bis 16. Oktober 1965 in Yalova befürwortete der italienische Delegierte eine MLF mit dem Hinweis, „daß man Europa nicht zumuten könne, auf Atomwaffen zu verzichten, wenn Indien und andere Länder solche Waffen in nationaler Verfügungsgewalt besäßen“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 27. Oktober 1965; VS-Bd. 3975 (II A); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁴ Bereits am 27. November 1964 berichtete Botschafter Siegfried, Brüssel, über Pressemeldungen, denen zufolge der belgische Außenminister vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des belgischen Senats erklärt habe, daß er die Bildung einer MLF nicht länger unterstütze. Dabei habe Spaak den störenden Einfluß des MLF-Projektes auf die politische Einigung Europas hervorgehoben. Vgl. VS-Bd. 1364 (II 7); B 150, Aktenkopien 1964.

¹⁵ Der britische Außenminister hielt sich vom 3. bis 13. Oktober 1965 in New York, Washington und San Francisco auf und reiste dann über Hawaii zu Gesprächen nach Tokio.

¹⁶ Zur britischen Haltung vgl. Dok. 398, Anm. 8, und weiter Dok. 424.

mit uns voranzutreiben gewillt sei und sich durch Erwägungen, wie den von mir eingangs erwähnten, hierin nicht werde beirren lassen.¹⁷

Ich habe über dieses Gespräch, da es Themen außerhalb meines Geländes behandelte, nicht berichtet, auch weil ich das Gewicht Finletters in Washington nicht kenne, möchte es Euch andererseits aber nicht vorenthalten. Herrn Knappstein gebe ich einen Durchschlag dieses Briefes.

Mit besten Grüßen

Dein Sigis Braun

VS-Bd. 1372 (II A 7)

¹⁷ Zur amerikanischen Haltung zur MLF vgl. weiter Dok. 417.

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 2611/65 geheim

10. November¹ 1965Betr.: Französische Reaktion auf den EWG-Ministerrat vom 25./26. Oktober²

Bezug: Fernschreiben der Botschaft Paris Nr. 1642 vom 9. November 1965³,
 Nr. 1644 vom 10. November 1965⁴ und Nr. 1648 vom 10. 11. 1965⁵ sowie
 Nr. 1735 vom 10. November 1965 der EWG-Vertretung Brüssel⁶

Die französische Reaktion auf die Einladung der Fünf⁷ läßt sich wie folgt zusammenfassen:

¹ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Oktober“.

² Über die Sitzung des EWG-Ministerrats vom 25./26. Oktober 1965, die ohne französische Beteiligung stattfand, berichtete Botschafter Sachs, Brüssel, am 28. Oktober 1965: „In den politischen Fragen ist völlige Übereinstimmung zwischen den Fünf erzielt worden, daß eine Lösung der Krise auf der Grundlage des Vertrags im Rahmen der bestehenden Organe der Gemeinschaft gefunden werden muß. Ferner haben sich die anwesenden Mitglieder des Rates mit den Grundprinzipien des Memorandums der Kommission vom 22. Juli 1965 über die Agrarfinanzierung einverstanden erklärt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1659; Referat I A 2, Bd. 1292.

Außerdem beschlossen die Minister, „die Verträge von Rom weder zu revidieren noch in einem Sinne zu interpretieren, der 1) die Zuständigkeiten, welche die Verträge der Hohen Behörde und den Europäischen Kommissionen zuweisen, sowie 2) den Grundsatz der qualifizierten Mehrheit, der, wie auch bisher, in einem gemeinschaftlichen Geiste angewendet werden wird, beeinträchtigt.“ Vgl. die Anlage zum Schreiben des Bundesministers Schröder vom 27. Oktober 1965 an Bundeskanzler Erhard; VS-Bd. 8433 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.
 Vgl. auch Dok. 465, Anm. 7 und 8.

³ Botschafter Klaiber, Paris, übermittelte Informationen über das Gespräch des französischen Außenministers mit dem italienischen Botschafter. Couve de Murville habe Fornari erklärt, „Frankreich sei bereit, seinen Platz in Brüssel wieder einzunehmen, wenn die beiden politischen Hauptfragen geklärt seien“. Hinsichtlich der Mehrheitsentscheidungen habe sich Couve de Murville offen für Vorschläge zu einem Übereinkommen gezeigt, „das die Nichtanwendbarkeit der die Mehrheitsentscheidungen betreffenden Vertragsbestimmungen regelt“. Ferner gehe es Frankreich „um eine Überprüfung des Verhaltens und der Zusammensetzung der Kommission“. Vgl. VS-Bd. 2432 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1965.

⁴ Botschafter Klaiber, Paris, informierte über eine Unterredung mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Wormser. Vgl. VS-Bd. 8433 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

⁵ Botschafter Klaiber, Paris, berichtete über die Pressekonferenz des französischen Informationsministers vom 10. November 1965. Peyrefitte führte aus, daß von französischer Seite keine neuen Vorschläge zur Überwindung der EWG-Krise gemacht worden seien. Klaiber stellte dazu fest, damit sei die Meldung der „Associated Press“ demontiert worden, „derzufolge General de Gaulle für Dezember eine Ministerratssitzung der Sechs in Venedig vorgeschlagen habe“. Vgl. VS-Bd. 8433 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

⁶ Botschafter Sachs, Brüssel (EWG/EAG), berichtete, der italienische Ständige Vertreter Venturini habe seine Kollegen über das Gespräch zwischen dem französischen Außenminister und dem italienischen Botschafter Fornari unterrichtet. Couve de Murville habe die Auffassung vertreten, „daß die Wiederaufnahme eines Dialogs durch den italienischen Botschafter in Paris als Vertreter der Präsidentschaft zweckmäßig erscheine. Dies gelte insbesondere auch deswegen, weil die Präsidentschaft ‚die Aufgabe des Motors‘ in der Gemeinschaft habe. Im übrigen sei ausdrücklich festzustellen, daß Frankreich die letzte Sitzung des Rates nicht als eine echte Ratstagung betrachte.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1325.

⁷ In der Erklärung des EWG-Ministerrats vom 26. Oktober 1965 wurde der Präsident des Minister-

1) Der Brief des Ratspräsidenten⁸ wird nicht schriftlich beantwortet, die Legalität des Rats vom 25./26. Oktober bestritten. An die Stelle des von den Fünf geforderten Gesprächs zu sechs sollen vorerst rein bilaterale Kontakte treten.

Ein für die Fünf sehr gefährliches Verfahren. Offensichtlich ist Frankreich bemüht, die jeweils weichste Stelle ausfindig zu machen und dann den einen gegen den anderen auszuspielen. Wir sollten antworten, daß es sich hier nicht um ein Bündel bilateraler Fragen handle, sondern um eine multilaterale Angelegenheit, die nur im multilateralen Rahmen sinnvoll behandelt werden könne.⁹

2) Die Einladung der Fünf zu einem Ministerrat in Brüssel wird abgelehnt und stattdessen eine Außenministerkonferenz an einem anderen Ort vorgeschlagen.

Wir sollten daran festhalten, daß die Lösung der anstehenden Fragen im Rahmen der Gemeinschaft und ihrer Institutionen gefunden werden muß. Da gegen Brüssel nur das – törichte – Argument vorgebracht wird, daß gerade in Brüssel die Geheimhaltung nicht gesichert sei, besteht auch kein Anlaß, von Brüssel abzugehen. Wir könnten zwar auch Luxemburg in Betracht ziehen, aber dieser Vorschlag müßte von Frankreich kommen.

3) Couve de Murville sucht eine Aussprache mit Colombo als Ratspräsidenten.

Die Beantwortung sollte Herrn Colombo überlassen bleiben. In jedem Fall müßte Couve Colombo aufsuchen. Das Mandat des Ratspräsidenten geht nicht weiter, als die Beschlüsse des Rats zu erläutern.

4) Das Majoritätsprinzip ist abzuschaffen, wenn nicht durch formale Vertragsänderung, dann durch Gentleman's Agreement, das durch die Regierungschefs zu bestätigen ist. Frankreich ist für jeden dahinzielenden Vorschlag der Partner aufgeschlossen.

Diese Forderung geht über bisherige französische Äußerungen (keine Majorisierung in lebenswichtigen Fragen)¹⁰ hinaus und bedeutet eine wesentliche Verhärtung des französischen Standpunktes. Um so leichter abzulehnen. Jede

Fortsetzung Fußnote von Seite 1689

rats, Colombo, beauftragt, „die französische Regierung im Rahmen des Vertrags von Rom aufzufordern, sich mit ihnen zu einer außerordentlichen Tagung des Ministerrats in Brüssel zusammenzufinden. Diese Tagung könnte ausnahmsweise lediglich in Anwesenheit der Minister stattfinden, wie es die Geschäftsordnung des Rats vorsieht.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 623 f.

⁸ Am 27. Oktober 1965 richtete der amtierende Präsident des EWG-Ministerrats, Colombo, ein Schreiben an die französische Regierung mit der Aufforderung, zu einer außerordentlichen Ministerratstagung nach Brüssel zu kommen. Für den Wortlaut vgl. Referat I A 2, Bd. 1326. Vgl. dazu weiter Dok. 416.

⁹ Diese Auffassung wurde von den übrigen EWG-Mitgliedstaaten geteilt. Der niederländische Gesandte Vixseboxe vertrat am 18. November 1965 gegenüber Ministerialdirigent Frank die Ansicht, „daß die Fünf zuerst zu einer gemeinsamen Haltung gelangen müßten, bevor man mit den Franzosen sprechen könne“. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1326.

Zur italienischen Haltung vgl. Dok. 415, Anm. 27.

¹⁰ Zur französischen Haltung hinsichtlich des Mehrheitsprinzips vgl. zuletzt Dok. 395.

vom Vertrag¹¹ abweichende Vereinbarung, die nicht ratifiziert wird, ist gegenüber dem Vertrag wirkungslos. Die Fünf haben ihrerseits keine Vorschläge zu machen. Nur Frankreich ist Demandeur.

5) Die Kommission wird auf ihre vertraglichen Rechte und Pflichten zurückgeführt¹², die Zusammensetzung der Kommission ist zu überprüfen.¹³ Das Präsidium muß alle zwei Jahre alternieren.¹⁴

Einverstanden mit der Forderung, daß die Tätigkeit der Kommission sich im Rahmen des Vertrages halten muß; hierüber wird im einzelnen zu sprechen sein. Bezüglich der Zusammensetzung hat Frankreich noch nicht präzisiert. Sollte Frankreich fordern, daß alle bisherigen Mitglieder verschwinden müssen, so wäre dem entgegenzuhalten, erstens, daß die Unterbrechung der Kontinuität¹⁵ ein Fehler wäre¹⁶, und zweitens, daß jede Regierung nach dem Vertrag das unbeschränkte Recht habe¹⁷, ihre Kandidaten auszuwählen¹⁸ und nach bisherigem Gemeinschaftsbrauch jede Regierung die Kandidaten der anderen zu akzeptieren habe, sofern sie nicht gegen die Person des Kandidaten schwerwiegende besondere Gründe anführen könne. Die Rotation im Präsidium¹⁹ ist nach dem Vertrag zwar möglich, aber nicht notwendig und sollte nicht im vorhinein festgelegt werden.

¹¹ Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1013.

¹² Vgl. dazu die Artikel 155–163 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 864–869.

¹³ Botschafter Klaiber, Paris, informierte bereits am 4. November 1965 über den voraussichtlichen französischen Vorschlag hinsichtlich der Stellung der EWG-Kommission: „Abgesehen von einer Beschränkung der Kommission auf die ihr durch den Rom-Vertrag gesetzten Aufgaben, werde man französischerseits eine politische Absprache der sechs Partner dahingehend vorschlagen, daß nach Inkrafttreten des Vertrages über die Vereinheitlichung der Exekutiven der drei europäischen Gemeinschaften die neue Kommission personell völlig neu besetzt werden soll. Die EWG-Kommission in Brüssel habe nach 8-jähriger Tätigkeit ein zu starkes Eigengewicht erhalten und sich als politische Repräsentanz Klein-Europas gefühlt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1621; VS-Bd. 8433 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁴ Nach einer Information der Ständigen Vertretung bei der EWG und der EAG in Brüssel erwog Frankreich noch im September 1965, „für den Präsidenten und die Vizepräsidenten der vereinheitlichten Kommission einen halbjährlichen Turnus vorzuschlagen, wie er im Ministerrat gilt“. Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg plädierte am 29. September 1965 für die Ablehnung dieses Vorschlags, da ein halbjährlicher Wechsel in der Präsidentschaft die Kontinuität der Arbeit „gefährden und damit zu der von der französischen Regierung gewünschten Schwächung der Kommission führen“ würde. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1145.

¹⁵ Die Wörter „Unterbrechung der Kontinuität“ wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „a“.

¹⁶ Dazu stellte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 5. November 1965 fest: „Die EWG-Kommission hat in der Vergangenheit hervorragende Arbeit geleistet. Sie ist mit der Zeit zu einem außerordentlich leistungsfähigen Arbeitsgremium zusammengewachsen. Im Interesse der Fortentwicklung der Gemeinschaften liegt es, eine gewisse Kontinuität der Arbeit der Kommission durch weitgehende Beibehaltung ihrer Spitze zu gewährleisten.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1325.

¹⁷ Vgl. dazu Artikel 158 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 866.

¹⁸ Die Wörter „habe, ihre Kandidaten auszuwählen“ wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „b“.

¹⁹ Die Wörter „Rotation im Präsidium“ wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „c“.
Vgl. dazu auch Dok. 462, Anm. 16.

In der französischen Antwort überwiegen bei weitem die negativen Elemente. Frankreich glaubt weiterhin, für seine Rückkehr nach Brüssel von den Partnern einen Preis fordern zu können. Zu der in der Presse sich verbreitenden Euphorie²⁰ besteht kein Anlaß.

Entscheidend ist zunächst, daß die Fünf ihre sachliche und prozedurale Geschlossenheit aufrechterhalten. Es empfiehlt sich daher für die bilateralen Kontakte²¹ ein rezeptives Verhalten.

Hiermit dem Herrn Minister²² vorgelegt.

Lahr

VS-Bd. 8433 (Büro Staatssekretär)

413

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

MB 3522/65 geheim

12. November 1965¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 12. November 1965 um 11 Uhr in Paris ein Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Außenminister Couve de Murville.

Einleitend erinnerte der Herr *Minister* an die Gespräche, die im Dezember 1961 am gleichen Ort wie heute geführt worden seien über die Frage, ob es einen Sinn habe, mit der Sowjetunion zu sprechen.²

Außenminister *Couve de Murville* warf ein, dies sei zur Zeit der Berlin-Krise gewesen.

Der Herr *Minister* fuhr fort, die Berlin-Krise zerfalle in seinen Augen in die Aktion vom November 1958³ sowie das weitere Vorgehen in den Jahren 1959–

²⁰ Vgl. dazu die Meldung „Antwort noch vor dem 5. Dezember“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 258 vom 5. November 1965, S. 1.

Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, berichtete am 11. November 1965 über „offensichtlich von Paris aus lancierte Meldungen betr. angebliche konziliantere französische Haltung in der Europafrage“. Jedoch werde von der italienischen Presse bezweifelt, daß ein französischer Kurswechsel hinsichtlich der EWG bevorstehe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 810; Referat I A 2, Bd. 1325.

²¹ Für die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. November 1965 in Paris vgl. Dok. 413, Dok. 414 und Dok. 416.

²² Hat Bundesminister Schröder am 12. November 1965 vorgelegen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer gefertigt. Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 9. November 1961 vgl. ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 119–133.

³ Zum Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 vgl. Dok. 7, Anm. 8.

1961, wo mitten im Wahlkampf die Mauer⁴ gebaut worden sei. Im November 1961 sei dann die neue Bundesregierung gebildet worden. Danach seien Bundeskanzler Adenauer und er nach Washington gereist⁵, und dann sei Adenauer im Dezember nach Paris zu General de Gaulle gekommen, denn Adenauer habe es in seinem Gespräch mit Präsident Kennedy⁶ übernommen, General de Gaulle zu einer Konferenz der vier Außenminister zu bewegen. Nach eintägigen Gesprächen im Elysée und Quai d'Orsay habe Adenauer dann Paris verlassen, und am darauffolgenden Sonntag habe die erste Sitzung der vier westlichen Außenminister⁷ stattgefunden. Daran habe sich die NATO-Tagung angeschlossen, die dadurch denkwürdig gewesen sei, daß einen ganzen Tag über das Kommuniqué gesprochen wurde.⁸ Der Herr Minister bemerkte, dies sei seine Einführung in das NATO-Klima gewesen.

Außenminister *Couve de Murville* betonte, die damalige Haltung Frankreichs stehe keinesfalls im Widerspruch zu der heutigen französischen Einstellung. Frankreich habe immer erklärt, man könne mit Rußland nicht sprechen, solange dieses mit Drohungen operiere. Das sei damals die Berlin-Krise gewesen sowie die absurden Reden Chruschtschows, der mit seinen Atomwaffen gewinkt und erklärt habe, der Westen solle sich mal schön brav verhalten. Auf Grund dieser damaligen Lage habe die französische Regierung gesagt, ein Gespräch mit den Russen sei sinnlos, vielmehr müsse man nur erklären, daß die Westmächte in Berlin seien, rechtens dort seien und dort zu bleiben gedächten. Begänne Rußland heute erneut mit Drohungen, so würde Frankreich die gleiche Haltung einnehmen. In den letzten zwei Jahren und insbesondere im letzten Jahr habe sich jedoch bei den Russen eine Veränderung eingestellt. Vor allem seien die Russen seit dem Abtreten Chruschtschows⁹ sehr viel ruhiger geworden und sprächen keine Drohungen aus.

Der Herr *Minister* sagte, die Kuba-Krise im Jahre 1962¹⁰ kennzeichne einen ziemlich bedeutenden Einschnitt in der sowjetischen Haltung. Im Herbst 1963 habe er selbst in einer Diskussion eine gewisse Beweglichkeit befürwortet.¹¹

⁴ Am 13. August 1961 wurde die Mauer in Berlin errichtet.

⁵ Bundeskanzler Adenauer und Bundesminister Schröder besuchten Washington vom 20. bis 22. November 1961. Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 86.

⁶ Der damalige Botschafter in Washington, Grewe, notierte dazu im Rückblick: „Das praktisch wichtigste Ergebnis der Besprechungen war die Übereinstimmung darüber, ein begrenztes Berlin-Abkommen anzustreben und die Sondierungsgespräche mit Moskau mit dieser Zielsetzung fortzusetzen. [...] Adenauer versprach, sich bei de Gaulle darum zu bemühen, auch ihn für diese Marschroute zu gewinnen.“ Vgl. GREWE, Rückblenden, S. 520 f.

⁷ Im Rückblick hielt der damalige Botschafter in Washington, Grewe, über das Treffen der Außenminister Rusk, Lord Home, Couve de Murville und Schröder am 11./12. Dezember 1961 fest: „Die Kernfrage hatte der britische Außenminister gleich zu Beginn sehr prägnant formuliert: ‚To negotiate – or not to negotiate?‘“ Vgl. GREWE, Rückblenden, S. 523–525, hier S. 523.

⁸ Für den Wortlaut des Kommuniqués über die Tagung des NATO-Ministerrats vom 13. bis 15. Dezember 1961 vgl. DzD IV/7, S. 1169–1171.

⁹ Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 23, Anm. 29.

¹⁰ Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 110, Anm. 18.

¹¹ Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 473.

Er habe jedoch nicht den Eindruck, daß Couve de Murville damals diese Auffassung geteilt habe.

Außenminister *Couve de Murville* erinnerte daran, daß Chruschtschow erst im Oktober 1964 abgesetzt worden sei. Auf die Bemerkung des Herrn *Ministers*, Couve de Murville erachte das Datum der Absetzung Chruschtschows offensichtlich für besonders kennzeichnend, bemerkte *Couve de Murville*, dies stimme nicht ganz. Entwicklungen träten niemals unvermittelt ein. Er meine, daß Kuba ein Wendepunkt gewesen sei. Damals sei es zu einer unmittelbaren Konfrontation der zwei Großmächte gekommen, die auf eine russische Unvorsichtigkeit zurückzuführen gewesen sei, und er habe niemals wirklich verstanden, warum Rußland die Raketen nach Kuba geschafft habe, die eine unmittelbare Bedrohung Amerikas bedeutet hätten. Jedenfalls sei damals klar geworden, daß keine der beiden Mächte den Krieg wolle, daß die Russen aber vor einem nuklearen Konflikt noch mehr Angst hätten als die Amerikaner. Seines Erachtens habe sich damals Chruschtschows Schicksal entschieden, weil seine Unvorsichtigkeit von den Russen nicht hingenommen worden sei. Die Entwicklung sei dann allmählich weitergegangen, und Chruschtschows Ablösung im Oktober 1964 sei in gewisser Weise der Kristallisationspunkt der sowjetischen Haltungsänderung gewesen.

Der Herr *Minister* fragte, ob Couve de Murville die verstärkte französische Aktivität auf den Herbst 1964 datieren würde.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, Frankreich habe schon vorher systematischere und häufigere Kontakte mit den osteuropäischen Ländern begonnen. Wenn er sich recht erinnere, sei der rumänische Ministerpräsident im Juli 1964 in Paris gewesen.¹² Nach französischer Auffassung habe die Entwicklung in Rußland aber schon mit der Kuba-Krise eingesetzt und auf eine atmosphärische Veränderung hingewirkt.

Der Herr *Minister* bezeichnete Kuba als sicherlich eine der bedeutendsten sowjetischen Niederlagen. Er fragte, ob die Auffassung Couve de Murvilles, die Kuba-Krise sei eine ausschließliche Aktion Chruschtschows gewesen, auf spezifischen Informationen beruhe oder Vermutung sei. Die Bundesregierung habe in etwa dieselbe Vermutung, ohne sie jedoch beweisen zu können, denn es scheine phantastisch, wenn eine so umfangreiche militärische Aktion nur auf einem einzelnen Mann beruhen könne. Wenn die militärische Führung nicht hätte mitmachen wollen, wäre nichts leichter gewesen, als eine solche Aktion zu verhindern.

Außenminister *Couve de Murville* wiederholte, niemand habe das sowjetische Vorgehen in Kuba jemals wirklich verstehen können. Konkrete Informationen habe er nicht. Den einzigen Aufschluß könnten wohl Chruschtschows Memoiren bilden.

Der Herr *Bundesminister* sagte lachend, in einem Land mit so viel Geheim-

¹² Ministerpräsident Maurer besuchte Paris vom 27. bis 31. Juli 1964. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1215 des Gesandten Knoke, Paris, vom 31. Juli 1964; Referat III A 6, Bd. 267. Vgl. auch AAPD 1964, II, Dok. 227.

dienst sei es wohl schwer, unbemerkt Memoiren im eigenen Haus zu schreiben.¹³

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, Geheimdienste gebe es ja überall. Er fuhr fort, eine Veränderung sei in Rußland auch daran zu erkennen, daß Chruschtschow heute ein einigermaßen normales Leben führe. Kossygin habe übrigens ohne Umschweife von Chruschtschow gesprochen und gemeinsame Erinnerungen anklingen lassen (Kossygin war im Jahre 1960 mit Chruschtschow in Frankreich¹⁴). Jedenfalls habe Kossygin keinen Chruschtschow-Komplex erkennen lassen. Couve de Murville sagte dann, besonders aufgefallen sei ihm die starke Veränderung in Rußland und die Tatsache, wie frei man dort spreche. Es sei kein Vergleich mit der innerpolitischen Lage im Jahre 1947, als er das letzte Mal dort gewesen sei.¹⁵

Der Herr *Minister* bat Herrn Couve de Murville um eine Gesamtwertung seiner in Moskau¹⁶ gesammelten Eindrücke.

Couve de Murville sagte einleitend, er werde selbstverständlich in aller Offenheit die Dinge so darlegen, wie sie sich abgespielt hätten. Er habe mit den Sowjets über alle Fragen gesprochen, das heißt über die internationale Lage und alle offenen Probleme. Zwei Dinge beschäftigten die Russen: Asien und Europa. Asien heiße Vietnam und auch China, und Europa heiße Deutschland. Hintergrund des Ganzen sei zweifellos der russische Wunsch, keine Schwierigkeiten zu haben, keinen Krieg, keinen Konflikt. Der Krieg in Vietnam mache den Russen sehr große Sorgen, im wesentlichen deshalb, weil er ein Hindernis für die von Rußland erwünschte Verbesserung des Verhältnisses mit Amerika darstelle.¹⁷ Über China sprächen die Russen nie. Sie wüßten, daß China ein langes, wenn nicht ständiges Problem sei, an dem man nichts än-

¹³ Die Erinnerungen des Ministerpräsidenten Chruschtschow wurden aufgrund von Tonbandaufzeichnungen, die zwischen 1967 und 1970 entstanden und in den Westen gebracht wurden, vom 23. November 1970 an als Vorabdruck in der Zeitschrift „Life“ und Ende Dezember 1970 in Buchform veröffentlicht. Vgl. KHRUSHCHEV REMEMBERS, hrsg. von Strobe Talbot, New York 1970. Ein erweiterter Band folgte 1974.

Aufgrund von Mitteilungen des sowjetischen Botschafters in Washington, Dobrynin, über die geplante Veröffentlichung mußte sich Chruschtschow am 10. November 1970 vor dem Komitee der Parteikontrolle verantworten, das „großen politischen Schaden“ für die KPdSU und die UdSSR befürchtete. Chruschtschow konnte zwar nicht von dem Vorhaben abgebracht werden, seine Erinnerungen weiter aufzuzeichnen, gab aber am 13. November 1970 eine Erklärung ab, daß er keinerlei Materialien weitergegeben habe und die in den USA veröffentlichten Memoiren eine „Fälschung“ seien. Für die Gesprächsaufzeichnung vom 10. November 1970 und den Wortlaut der Erklärung vgl. den Artikel „Gotov na krest, berite gvozdi i molotok“. Beseda s N. S. Chruščevym v Komitete Partijnogo Kontrolja“, ISTOČNIK 1994, Heft 4, S. 64–75.

¹⁴ Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 23. März bis 3. April 1960 in Frankreich vgl. KHRUSHCHEV REMEMBERS. THE LAST TESTAMENT, hrsg. von Strobe Talbot, London 1974, S. 417–443.

¹⁵ Maurice Couve de Murville hielt sich als stellvertretender französischer Außenminister zur Außenministerkonferenz der Vier Mächte vom 10. März bis 24. April 1947 in Moskau auf.

¹⁶ Der französische Außenminister hielt sich vom 28. Oktober bis 2. November 1965 in Moskau auf. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. PRAVDA, Nr. 307 vom 3. November 1965, S. 1; LE MONDE, Nr. 6472 vom 4. November 1965, S. 2.

Für einen vom Sprachendienst gefertigten Textvergleich vgl. Referat I A 1, Bd. 534.

¹⁷ Vgl. dazu Dok. 228, Anm. 6.

dern könne, und so hielten sie es für das beste, überhaupt nicht darüber zu reden.

Couve de Murville fuhr fort, Europa betreffe Rußland natürlich unmittelbarer als Asien und sei ein sehr viel wichtigeres, wenn nicht lebenswichtiges Problem für Rußland. Die bekannte russische Haltung zu Deutschland und zur Wiedervereinigung habe sich nicht geändert. Rußland halte immer noch an der Zwei-Staaten-Theorie fest und erkläre, die Wiedervereinigung könne nur Gegenstand eines direkten Gespräches zwischen diesen beiden Staaten sein, und andere hätten darin nichts zu suchen. Darüber hinaus bereite die nukleare Frage den Russen wegen der nuklearen Diskussion im Westen große Sorgen, vor allem im Zusammenhang mit Deutschland. Er müsse sagen, daß dieses Thema von den Russen am meisten behandelt werde und ihnen die größte Sorge bereite. Zwar glaubten die Russen nicht, wie immer die Entscheidung über eine MLF oder ähnliches aussehe, daß dies zu einer größeren Gefahr für Rußland führen würde, dennoch stellen sie sich vor, die Vereinigten Staaten könnten Deutschland bei dem Versuch unterstützen, die offenen Probleme gewaltsam zu lösen.¹⁸ Er, Couve de Murville, habe den Russen gesagt, daß dies nicht Amerikas Politik sei, aber die Russen ließen sich nicht überzeugen. In Wirklichkeit drehe sich alles um diesen Punkt. Er sage das dem Herrn Minister, weil es zutrefte und die Kenntnis dieser Sachlage sicherlich nützlich sei.

Der Herr *Minister* erklärte, in solchen Fragen sei immer schwer festzustellen, was echte Sorge und echtes Bedürfnis, etwas zu tun oder zu verhindern, sei und was Teil eines mehr diplomatischen Aufbaues sei, hinter dem sich andere Absichten versteckten. Nicht nur Deutschland, sondern alle übrigen hätten eindeutig erklärt, daß die Lösung dieses wichtigen Problems nur mit friedlichen Mitteln erfolgen solle.

Couve de Murville warf ein, er habe den Russen gesagt, daß dies nicht nur die amerikanische oder französische, sondern auch die deutsche Politik sei.

Der Herr *Minister* fuhr fort, man könne natürlich behaupten, daß Worte leicht gesagt seien. Man müsse daher die Tatsachen prüfen. Die Tatsachen und objektiven Einrichtungen stützten aber die Worte. Er habe am Vortage mit den

¹⁸ Am 4. November 1965 berichtete der französische Außenminister Couve de Murville im Gespräch mit Botschafter Klaiber, Paris: „Das Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik, vermischt mit einer Achtung vor ihrer Wiedererstarkung auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet, sei außerordentlich tiefgehend. Daher lasse auch jede Unterhaltung mit den Sowjets ihre Sorge vor einem direkten oder indirekten Zugang der Bundesrepublik zu Atomwaffen erkennen. Deutsche Wünsche in dieser Richtung würden zweifellos die sowjetische Haltung in der Deutschlandfrage weiter verhärten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1620 vom 4. November 1965; VS-Bd. 2437 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1965.

Der französische Botschafter in Moskau, Baudet, teilte am 5. November 1965 mit: „Das hervortretende Merkmal in allen politischen Gesprächen mit dem Außenminister sei der starke sowjetische Widerstand gegen die MLF oder jedes ähnliche derartige nukleare System gewesen. Auf diesen Punkt hätten alle sowjetischen Gesprächspartner [...] großes Gewicht gelegt. In diesem Zusammenhang hätten sie sich gegen die Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland und ihren revanchistischen Bestrebungen gewandt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1276 des Botschafters Groepper, Moskau, vom 5. November 1965; VS-Bd. 8440 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

besonders verteidigungs- und außenpolitisch interessierten Fraktionsmitgliedern einen ganzen Tag mit Vorträgen und Darlegungen verbracht. Dabei habe er eine sehr eindrucksvolle Sache gesehen: Eine Karte, auf der der gegenwärtige Militäraufbau in Europa und im geteilten Deutschland aufgezeichnet gewesen sei. Wie bei einer Schichttorte seien auf dieser Karte von Norden nach Süden die verschiedenen Verteidigungsabschnitte dargestellt gewesen. Dabei finde man zunächst die Dänen und Holländer, dann Deutsche, dann die Engländer, dann Deutsche, dann die Amerikaner und ganz im Süden, wiederum aufgeteilt, ein Teil Deutsche und die Franzosen nach rückwärts gestaffelt. Diese Karte habe keinen politischen Zweck verfolgt, sondern lediglich der Illustration gedient. Aus ihr sei klar hervorgegangen, daß das Ganze nur funktionieren könne, wenn es zusammen funktioniere. Betrachte man diese Tatsache einmal vom sowjetischen Standpunkt, so stelle man fest, daß die Sowjets keineswegs den Deutschen gegenüberständen, sondern vielmehr einer alliierten integrierten Streitmacht des Bündnisses. Rußland könne somit sicher sein, daß keinerlei aggressive Tendenz gegeben sei. Es gebe also nicht nur die Erklärung der nicht-aggressiven Absichten, sondern diese Erklärung werde technisch überzeugend durch Tatbestände gestützt. Sähen die Russen eine solche Karte, so könnten sie wohl kaum etwas dagegen sagen. Natürlich sei dieser Tatbestand den Russen sehr wohl bekannt; überraschend sei daher, daß sie daraus keine beruhigende Schlußfolgerung zögen. Was er eben beschrieben habe, sei nur die konventionelle und taktisch-atomare Seite gewesen. Andererseits kennten die Sowjets am allerbesten ihren eigenen militärischen Aufbau und wüßten, daß sie das übrige Europa mit einem ungeheuren System atomarer Mittelstreckenraketen völlig abgedeckt hätten. Außerdem sei die konventionelle Macht auf sowjetischer Seite noch viel größer, denn die Sowjets hätten 20 Divisionen in der SBZ und darüber hinaus die weiteren Divisionen im Warschauer Pakt. Betrachte jemand distanziert das militärische Gewicht und die Realität, so bestehe objektiv kein Anlaß zur Befürchtung. Er (der Herr Minister) sehe auch keinerlei Anzeichen dafür, daß Amerika irgendwelche phantastischen deutschen Absichten unterstützen würde. Angesichts dieses Tatbestandes müsse man sich fragen, ob die sowjetischen Befürchtungen eine echte und stark übertriebene Vorstellung seien oder ob sich hinter ihnen ein anderes Konzept verberge. Er glaube letzteres und meine, die Sowjets versuchten, durch eine Veränderung des Machtverhältnisses den westlichen Zusammenhalt aufzulösen.

Der Herr Minister fuhr fort, alle in den vergangenen Jahren erörterten nuklearen Projekte seien immer Projekte zwischen nuklearen Mächten und nichtnuklearen Mächten gewesen, die absolut ausgingen von der fast schon automatischen Politik der Nuklearmächte, eine Weiterverbreitung von Atomwaffen unter nationaler Verfügungsgewalt weder zuzulassen noch gar zu begünstigen. Alle diese Projekte seien der Versuch, im Bündnis eine gewisse nukleare Integration zu erreichen, wobei zum Beispiel immer ein klares amerikanisches Veto eingeschlossen gewesen sei. Die sowjetischen Befürchtungen zeugten von einer übermäßigen Phantasie und verschlossen die Augen vor einer objektiven Betrachtung der Tatbestände. Wenn Amerika bei den Genfer Verhandlungen über eine Nichtverbreitung den Sowjets erklärt hätten, kein von Amerika ins Auge gefaßtes Projekt bedeute die Weiterverbreitung nuklea-

rer Waffen¹⁹, so habe Amerika diese Aussage nicht zur Tarnung anderer Absichten gemacht, sondern sie entspreche den amerikanischen Absichten und dem objektiven Inhalt der Projekte.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, der Unterschied zwischen der Argumentation des Herrn Ministers und der sowjetischen Argumentation bestehe darin, daß die Sowjets immer in politischen und nicht militärischen Kategorien sprächen. Der Herr Minister glaube ebenso wenig wie er selbst noch auch die Russen, daß irgendein erörtertes nukleares Arrangement eine wirkliche Verschiebung des Kräftegleichgewichts zwischen dem Westen und Rußland bedeuten würde. Militärisch und verteidigungsmäßig erwarteten wohl auch die Russen keine derartige Veränderung. Fundamental und eigentlich friedensbewahrend sei das Gleichgewicht zwischen der ungeheuren amerikanischen und der sehr großen russischen Atommacht. Daneben spielten westeuropäische Atomdinge nur eine sekundäre Rolle. Deswegen habe Frankreich immer erklärt, die wesentliche westliche Verteidigung bestehe im amerikanischen Engagement, und deswegen wehre sich Frankreich gegen jede Veränderung der vor rund zehn Jahren beschlossenen Strategie der Abschreckung durch sofortigen Einsatz aller Atomwaffen. An dieser militärischen Realität könne keine Diskussion etwas ändern. Das Denken der Russen spiele sich aber auf einem anderen, nämlich dem politischen Terrain ab. Dieses politische Terrain sei durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Russen von einem extremen Mißtrauen gegenüber allen, gegenüber Deutschland und Amerika, beherrscht seien. Sie fragten sich somit ständig, was sich hinter diesen Diskussionen verberge. Sie seien unruhig, und da liege der Hase im Pfeffer. Er hielte es für richtig, wenn Deutschland, sofern möglich, mit den Russen über diese Fragen spräche. Dies wäre sicherlich nützlich. Das Problem sei nach französischer Auffassung natürlich die Deutschland-Frage, d. h. die Wiedervereinigung, und es handele sich darum, den besten Weg für die Behandlung dieses Problems zu finden. Die französische Regierung habe dies der Bundesregierung oft und auch wieder in Rambouillet im Januar d. J.²⁰ gesagt. Sie halte es für notwendig, mit den Russen zu sprechen und zu versuchen, deren Mißtrauen auszuräumen und ein Klima zu schaffen, das eine objektive Erörterung zulasse. Natürlich bedürfe eine Lösung des Deutschlandproblems der russischen Zustimmung, sonst verharre man in der jetzigen Lage, die weder für Deutschland noch für sonst wen gut sei, weil sie den Friedensschluß verhindere.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß über die Frage freilich schon oft gesprochen worden sei und es natürlich richtig sei, alle Aspekte von Zeit zu Zeit

¹⁹ Im Zusammenhang mit dem amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen erläuterte der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, am 19. August 1965 vor der Presse in Genf: „Articles I and II of the draft treaty we tabled yesterday make it crystal clear that each of the nuclear powers would be precluded from taking any action which could cause an increase in the total number of nuclear entities, whether states or organizations, having independent power to use nuclear weapons. As you know, the United States position is that the charter for any Atlantic Force must provide for our consent to the firing of the nuclear weapons.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 426 des Botschafters Schnippenkötter, z. Z. Genf; Referat II 8, Bd. 50. Vgl. auch Dok. 417, Anm. 12.

²⁰ Für die Gespräche vom 19./20. Januar 1965 über die Deutschland-Frage vgl. Dok. 22 und Dok. 27.

zu überprüfen, insbesondere im Lichte der jetzt von Couve de Murville gewonnenen Eindrücke. Wenn er einmal sagen solle, wo ihm der Unterschied in der Betrachtung zu liegen scheine, so müsse er vorausschicken, daß es sowohl objektiv als auch subjektiv-psychologisch große Schwierigkeiten gebe. In Deutschland sei die Überzeugung der Notwendigkeit deutsch-französischer Zusammenarbeit sehr weit verbreitet, fundiert und wahr. Für Deutschland gebe es eine große zu regelnde Frage: die Wiedervereinigung. Es sei natürlich, daß Deutschland und alle Deutschen das Vorgehen aller unter dem Aspekt prüften, wie dieses Vorgehen sich zur Wiedervereinigung verhalte und auf diese rückwirke. Deswegen sei es wichtig, alle von französischer und deutscher Seite vorgenommenen oder angestrebten Schritte im Lichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit und der möglichen Auswirkung auf diese zu erörtern. Dabei unterscheide er stets zwischen den genannten subjektiven und objektiven Schwierigkeiten. Zweifellos spiele auch die Einschätzung zukünftiger Entwicklung eine Rolle, die natürlich zum Teil im Bereich der Spekulation liege. Deutschland verfolge dabei die Linie, daß es ungeheuer wichtig sei, bei dieser Entwicklung einen starken westlichen Zusammenhalt zu haben und keine Auflösung zuzulassen. Dieser starke westliche Zusammenhalt sei strukturell und der erklärten und der tatsächlichen Absicht nach niemals aggressiv, sondern habe eine friedenserhaltende und ausgleichende Funktion. Natürlich sei es auch notwendig, daß das Bündnis in sich ausgeglichen sei, um Spannungselemente im westlichen Zusammenhalt zu vermeiden. Dies sei die eine Überlegung. Die zweite Überlegung bestehe darin, daß man alles vermeiden müsse, was die Ausgangssituation für ein positives Gespräch mit der anderen Seite²¹ verschlechtern könnte. Ein positives Gespräch sei nur möglich, wenn in einer solchen Verhandlung die Ziele der anderen Seite noch nicht erfüllt seien. Für Deutschland spiele unter anderem die Grenzfrage eine Rolle. Im Augenblick habe die Bundesrepublik Deutschland kein Grenzproblem mit dem Osten, da sie von diesem durch die Zone getrennt sei. Es sei somit logisch, wenn man erkläre, daß natürlich im Rahmen eines Friedensvertrages über diese Frage gesprochen werden müsse.²² Es gebe aber keinen Grund, deutscherseits Verzicht auszusprechen, wenn man nicht dem Ziel, d. h. der Wiedervereinigung, näherkomme. Das gleiche gelte auch im Rahmen des Bündnisses und hinsichtlich des militärischen Status. Es sei leicht zu sagen, daß ein völlig anderer militärischer Status der Bundesrepublik Deutschland den Russen besser gefallen würde als der heutige. Man müsse aber auch berücksichtigen²³, daß dieser relative Sicherheitsfaktor ein wichtiges Element im russischen Denken bleibe. Deswegen dürfe man auf diesem Gebiet den so-

²¹ Die Wörter „mit der anderen Seite“ wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

²² In der Regierungserklärung vom 10. November 1965 führte Bundeskanzler Erhard aus, am Ende des Weges zur Wiedervereinigung Deutschlands werde „ein Friedensvertrag stehen, verhandelt und geschlossen von einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung. Nur mit und in diesem Vertrag können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht, solange nicht eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung andere Grenzen anerkennt.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 60, S. 29.

²³ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sicherstellen“.

wjetischen Vorstellungen keine Vorleistung erbringen. Löse man alle Fragen durch Vorleistungen im Sinne der sowjetischen Politik, so habe man nichts mehr in der Hand, um die Spaltung Deutschlands zu überwinden. Er sei nie Anhänger einer Politik der Stärke gewesen, sondern immer für eine Politik eingetreten, die von einem positiven russischen Interesse an der Überwindung der Spaltung Deutschlands ausgehe. Sei dieses Interesse weder in Rußland noch in Osteuropa mehr vorhanden, so gebe es keinen positiven Antrieb mehr, und die Sowjets hätten dann ihr Ziel erreicht, d. h. die Verewigung der Spaltung Deutschlands. Insoweit halte er die deutschen nuklearen Vorstellungen²⁴ für konsequent und logisch, wenngleich eine konsequente und logische Sache nicht immer politisch richtig zu sein brauche. Für politisch richtig halte er es aber²⁵, das Bündnis so zu organisieren, daß es von der Notwendigkeit des Zusammenhalts des Bündnisses, von einer vollständigen Abschreckungs- und Verteidigungstheorie und von einem Gegengewicht gegen die bestehende Mittelstreckenraketen-Bedrohung ausgehe. Wolle man das Interesse an einer Veränderung erhalten, so dürfe man nicht durch Vorleistungen den bestehenden militärischen Status der Bundesrepublik Deutschland ändern, sondern müsse diesen Status für den westlichen Zusammenhalt und die Verteidigung erhalten. Das Gespräch über ein besseres europäisches System könne nur von diesen Tatsachen ausgehen. Es bedeute aber kein besseres europäisches Sicherheitssystem, wenn man den Status quo bestehen lassen und Deutschlands militärischen Status verringern würde. Dies sei der Hintergrund der deutschen Auffassungen, daß in den nuklearen Fragen in der NATO den nichtnuklearen Partnern eine Mitverantwortung zugestanden werden müsse.²⁶ Dies gelte für die Entwicklung einer Strategie, die konventionelle und nukleare Bewaffnung gleichzeitig umfassen müsse, es gelte für die Planung und Zielplanung und es gelte für die Beteiligung an einem gemeinsamen Waffensystem, das ein Gegengewicht zu der Bedrohung mit Mittelstreckenraketen werden könne. Solange keine völlig andere Wiedervereinigungstheorie vorgebracht werde, sei dies seines Erachtens die geschlossenste Auffassung. Es dürfe nicht die eine Seite Vorleistungen erbringen gegenüber einer anderen Seite, die gar nicht dasselbe Ziel verfolge, sondern nur die derzeitige Lage zementieren wolle. Dies scheine ihm logisch, und er habe noch kein überzeugendes Gegenargument gehört, es sei denn, man sage, daß man andere Entwicklungen erwarte; in diesem Bereich könne man dann nicht mehr argumentieren.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, er wolle zu den Ausführungen des Herrn Ministers einige Bemerkungen machen. Frankreich wisse und verstehe, daß Deutschlands wesentliche Sorge der Wiedervereinigung gelte. Die Wiedervereinigung hänge weitgehend von den Russen ab. Was er selbst dem Herrn Minister gesagt habe, laufe darauf hinaus, daß Rußland nicht derjenige Partner sei, der die Wiedervereinigung fordere, denn es habe ja das SBZ-Regime erfunden und unterstütze es weiterhin. Er halte es für Deutschland, das sich zu Recht mit seiner Wiedervereinigung beschäftige, für wichtig, den Rus-

²⁴ Zur Haltung der Bundesregierung zur geplanten MLF und zu einem Select Committee vgl. weiter Dok. 415 und Dok. 424.

²⁵ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

²⁶ Zu dieser Auffassung vgl. Dok. 342, Anm. 13 und 14, sowie Dok. 365.

sen keine weiteren Gründe für eine Ablehnung der Wiedervereinigung an die Hand zu liefern. Die Russen wüßten, daß die Wiedervereinigung eines Tages unvermeidlich sei. Sie hätten es nicht eilig und sie seien hier nicht die Fordernden. Man dürfe ihnen also keine Motive für eine Ablehnung der Wiedervereinigung an die Hand geben. Er habe schon darauf hingewiesen, daß die Russen mißtrauisch und mit einer Reihe von Fragen beschäftigt seien, wobei die nukleare Diskussion sie besonders beunruhige. Couve de Murville betonte, was er sage, sei keine Antwort auf die Ausführungen des Herrn Ministers, er wolle lediglich Überlegungen vortragen. Eine zweite Überlegung sei diese: Der Herr Minister habe von den russischen Mittelstreckenraketen gesprochen, über die viel geredet werde. Von diesen Mittelstreckenraketen wisse man durch die Amerikaner, und wahrscheinlich stimme diese Information, denn sicherlich habe Amerika gute Gründe, sich gut über die russische Militärsituation zu informieren. Die Antwort für die Verteidigung liege aber nicht in einer mehr oder minder ausgeklügelten Formel im Atlantischen Bündnis, sondern wiederum in der amerikanischen Atommacht. Er könne keinen Grund sehen, warum ein westeuropäisches Atomverteidigungssystem für Europa und insbesondere Deutschland von Vorteil wäre, das den Amerikanern gestatten würde, sich in einem Kriegsfall nicht zu engagieren.²⁷ Er glaube vielmehr, genau das Gegenteil entspräche den europäischen Verteidigungserfordernissen. Eine weitere Überlegung sei folgende: Der Herr Minister habe von der Notwendigkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit gesprochen und er (Couve de Murville) schätze sich glücklich darüber. Frankreich teile diese Auffassung. Es habe immer erklärt, die deutsch-französische Zusammenarbeit und um diesen Kern herum eine Union Westeuropas sei notwendig für die Zukunft, damit in Europa die Voraussetzungen für ein gewisses Gleichgewicht geschaffen werden könnten und damit alle gemeinsam und insbesondere Frankreich und Deutschland stärker werden könnten, d. h. weniger dem Einfluß der sowjetischen Macht ausgeliefert seien. Er habe den Russen gesagt, daß Frankreich für die deutsch-französische Zusammenarbeit und Freundschaft sei und nicht erkennen könne, inwiefern diese den russischen Interessen zuwiderliefen, da ihre Absicht rein friedlich sei, mit anderen Worten, diese Zusammenarbeit auf Bedingungen in Europa abstelle, unter denen nicht mehr ein Ungleichgewicht zugunsten der großen sowjetischen Masse vorherrsche. Man müsse offen gestehen, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit heute und in letzter Zeit nicht sehr gut funktioniert habe.²⁸ Gut funktionieren könne sie nur unter der Voraussetzung, daß Deutschland und Frankreich sich in der Politik einig seien, d. h. einig über den Weg, auf dem die beiden Länder gemeinsam vorgehen wollten. Er halte dies für den Grund der Schwierigkeiten. Niemand könne

²⁷ Zur französischen Haltung zur geplanten MLF vgl. Dok. 340, Anm. 16, und Dok. 398, Anm. 6.

In einem Gespräch mit dem amerikanischen Senator Mansfield am 15. November 1965 zeigte sich Staatspräsident de Gaulle besorgt darüber, „daß die Bundesrepublik über die MLF oder andere Projekte einen Zugang zu nuklearen Waffen bekommen könnte“. Der französische Außenminister Couve de Murville äußerte gegenüber Mansfield: „Frankreich sei entschiedener Gegner einer MLF, die den Appetit der Deutschen auf Nuklearwaffen nur vergrößern würde. Die USA dächten zwar, daß die MLF ein Ziel an sich sei; für die Deutschen wäre sie jedoch nur ein Anfang, und sie würden nach ihrer Verwirklichung immer mehr wollen.“ Vgl. VS-Bd. 419 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

²⁸ Vgl. dazu bereits Dok. 201.

bezweifeln, daß heute und seit einiger Zeit ein großer Unterschied in der Einschätzung und somit in der Politik vorgelegen habe. Das Interesse der Konsultationsgespräche liege darin festzustellen, ob diese Schwierigkeiten überwunden und gemeinsame Auffassungen erzielt werden könnten über eine gemeinsam zu verfolgende Politik.

Der Herr *Minister* betonte, er begrüße diese Worte Couve de Murvilles. Zunächst wolle er aber einige Überlegungen vortragen. Couve de Murville habe gesagt, man dürfe den Sowjets keine weiteren Argumente gegen die Wiedervereinigung geben. In diesem Zusammenhang sei daran zu erinnern, daß Rußland aus Anlaß jeden Schrittes zur Förderung der westlichen Einheit und des westlichen Zusammenhalts (Montanunion, die später gescheiterte EVG, deutsche Mitgliedschaft in WEU und NATO) immer eine glühende Kampagne²⁹ gestartet habe. Dasselbe gelte für die jetzt zur Debatte stehenden Fragen. Die Sowjetunion habe ihre Haltung nicht verändert, sondern widerstrebe allem, was die Mächtekonstellation zugunsten des Westens verbessere, weil sie befürchte, daß der Westen stärker werden könnte. Eine zweite Anmerkung gelte den nuklearen Projekten. Couve de Murville habe gesagt, diese Projekte würden Amerika dazu verleiten, sich nicht zu engagieren. Er sei anderer Auffassung. Er glaube, daß ein entsprechend gegliedertes Potential den amerikanischen Einsatz sogar noch stärken, zumindestens nicht verringern würde. Zum dritten wolle er sagen, die schwierige Lage sei darauf zurückzuführen, daß jede deutsche³⁰ Politik auf zwei Situationen zugeschnitten sein müsse. Sie müsse passen, falls es unmöglich wäre, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden, wobei man berücksichtigen müsse, daß diese Lage länger anhalten könnte, als man wünsche, und diese Politik müsse auch passen für den Fall einer Wendung zum Besseren. Er wolle nicht alle Konsequenzen hier durchdiskutieren, sondern nur auf eines verweisen, was seines Erachtens wichtiger sei, als Frankreich es heute einzuschätzen scheine. Sollte die derzeitige Lage (dies sei rein theoretisch) noch sehr lange anhalten, dann sei der

²⁹ Nachdem die Westmächte im September 1950 eine Verstärkung der alliierten Truppen in Deutschland und die Bildung einer gemeinsamen Armee der NATO-Staaten unter eventueller Einbeziehung „deutscher Menschen und Produktionsquellen“ angekündigt hatten, wandten sich die Außenminister der Ostblock-Staaten auf der Prager Konferenz vom 20./21. Oktober 1950 gegen die Einbindung der Bundesrepublik „in die aggressive Gruppierung der Atlantikpaktunion“ und die Wiederbewaffnung „hitlerfaschistischer Generale“. Negativ beurteilten sie auch die Montanunion als „Übermonopolverband der Kohlen- und Hüttenindustrie auf Diktat der USA“. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK DER SOWJETUNION, Bd. I, Berlin (Ost) 1957, S. 245–253.

Im Vorfeld der Abstimmung über die EVG in der französischen Nationalversammlung bezeichnete die sowjetische Tageszeitung „Pravda“ die EVG als „Trojanisches Pferd der Hitleristen“ und wandte sich gegen den „von Washington diktierten Schuman-Plan“, der „unweigerlich die Erdrosselung der Kohlen- und Metall-Industrie Frankreichs durch westdeutsche Konzerne zur Folge haben“ werde. Vgl. den Artikel „Ugroza, navisšaja nad Franciej“, PRAVDA, Nr. 199 vom 18. Juli 1954, S. 4.

Zur sowjetischen Reaktion auf die Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954, mit deren Ratifizierung die Bundesrepublik am 5. Mai 1955 der NATO und der WEU beitrug, vgl. die Note vom 23. Oktober 1954 an die Drei Mächte; PRAVDA, Nr. 297 vom 23. Oktober 1954, S. 3. Für den deutschen Wortlaut vgl. DIE BEMÜHUNGEN DER BUNDESREPUBLIK UM WIEDERHERSTELLUNG DER EINHEIT DEUTSCHLANDS DURCH GESAMTDEUTSCHE WAHLEN, II. Teil: November 1953 – Dezember 1955, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958, S. 159–165.

³⁰ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

politische und militärische Status der Bundesrepublik Deutschland für die Zusammenarbeit im Bündnis und insbesondere für die deutsch-französische Zusammenarbeit von eminenter Bedeutung. Für die Zusammenarbeit sei es wesentlich, daß alle Partner das Gefühl der Gleichberechtigung hätten. Dabei handele es sich nicht darum, ob der eine kleine oder größer sei, vielmehr gehe es um ein politisch-moralisches Prinzip. Dies sei ein wesentlicher Faktor. Er räume ein, daß der militärische Status eines wiedervereinigten Deutschlands und im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems möglicherweise anders aussehen könnte als für ein geteiltes Deutschland. Er begrüße die soeben eingesetzte Aussprache, weil man sich im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages³¹ fragen könne, ob das Gespräch hierüber immer offen und intensiv genug geführt worden sei. Solange er dieses Gespräch geführt habe, habe er immer in aller Offenheit die deutschen Erfordernisse und Motive dargelegt und dabei versucht festzustellen, wo eine Annäherung oder Gleichheit der Auffassung erreicht werden könne. Dies sei nicht automatisch, sondern ein langer Prozeß des Denkens und Redens. Es sei natürlich unmöglich, daß etwa Deutschland gewisse Denkbilder einfach übernehme, wie auch Deutschland niemals verlangen würde, daß Frankreich gewisse Denkbilder einfach übernehme. Vielmehr müsse man versuchen, zu gemeinsamen Auffassungen und Lösungen zu kommen. Er sei überzeugt, daß so dauerhafte, große und gemeinsame Interessen zwischen Frankreich und Deutschland gegeben seien, daß es möglich werde, den Punkt zu finden, wo sich die Dinge besser darstellten. Er habe nie geglaubt, daß es genüge, einfach zu sagen: organisieren wir die Zusammenarbeit, um schon identische Auffassungen zu haben. Er sei immer offen gewesen und stimme mit Couve de Murville absolut überein, daß man das äußerste in diesen Gesprächen tun müsse, um möglichst gleichgerichtete Auffassungen zu erzielen. Aus diesem Grunde habe er so rückhaltlos die deutschen Motive dargelegt. Er halte es für die sicherste Voraussetzung der Eini-gung, wenn ein Höchstmaß gleichgerichteter Interessen bestehe. Er wolle die letzten zweieinhalb Jahre jetzt nicht kritisch würdigen, sondern nur für sich selbst sagen, daß er so offen und kooperativ wie möglich gewesen sei.

Außenminister *Couve de Murville* bedankte sich für diese Worte und wies darauf hin, ein wichtiger, ja sogar entscheidender Punkt sei noch nicht behandelt worden, nämlich das jeweilige Verhältnis zu Amerika und die amerikanische Europa- und Rußlandpolitik. Hier seien die Dinge zur Zeit undurchsichtig. Das jeweilige Verhältnis zu Amerika habe natürlich auch Rückwirkungen auf das europäische und insbesondere deutsche Problem. Es sei offensichtlich, daß diese Dinge ins reine gebracht werden müßten, wenn Frankreich und Deutschland zu einer guten Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Orientierung (gemeinsame Politik sei ein sehr ehrgeiziges Wort) kommen wollten. Ein solches Gespräch sei nicht einfach. Der Herr Minister werde nächsten Monat nach Amerika reisen.³² Im Dezember finde die NATO-Ratstagung³³

³¹ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

³² Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 20. Dezember 1965 in Washington vgl. Dok. 465–469.

³³ Zur NATO-Ministerratstagung vom 14. bis 16. Dezember 1965 in Paris vgl. Dok. 473.

statt. Sicherlich werde man dann oder zu einem späteren Zeitpunkt über die Frage sprechen können.

Der Herr *Minister* sagte, er wäre dankbar, wenn Couve de Murville ihm seine Auffassungen in dieser Frage näher erläutern würde. Es sei ein Problem, das ihn natürlich nicht nur einmal beschäftige. Es wäre gut, vor der Reise nach Amerika Gedanken darüber auszutauschen. Couve de Murville habe drei Komplexe angesprochen: Verhältnis Amerikas zu Rußland, Amerika und die Wiedervereinigung, Amerika und Europa. Er wäre dankbar, wenn Couve de Murville ihm darlegen würde, wie er diese Dinge im gegenwärtigen Zeitpunkt sehe.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, dieses große Problem sei nicht leicht in wenigen Worten geschildert. Es werde natürlich beherrscht durch die heutige Lage und Politik Amerikas, d. h. es sei abhängig von einer Gesamtheit von Umständen und Aktionen. Offensichtlich sei, daß Amerika heute mit Vietnam mehr beschäftigt sei als mit irgendeiner anderen Frage. Das Problem sei somit sehr vielschichtig. In großen Zügen sei Frankreich der Meinung, daß das westliche Bündnis, d. h. das Bündnis zwischen Europa und Amerika, noch für lange Zeit notwendig bleibe, weil es ein Element des Gleichgewichts gegenüber Rußland darstelle. Gleichzeitig halte Frankreich die Zeit für gekommen, wo auch Europa unabhängiger sein müsse im Verhältnis zu Amerika und mehr Handlungsfreiheit und Freiheit der Politik besitzen müsse. Diese beiden Notwendigkeiten seien nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Frankreich glaube auch, daß Amerika einen großen Wunsch nach Frieden habe. Deswegen hege Amerika den starken Wunsch, sich mit der Sowjetunion zu vertragen, und dieser Wunsch werde von der anderen Seite geteilt. Dies sei nicht leicht wegen Vietnam und anderer Fragen, es sei aber eine Konstante der amerikanischen Politik. Frankreich erhebe dagegen keine Einwände, sofern Amerika und Rußland sich nicht anmaßen, das europäische Problem ohne die Europäer zu lösen. Dies sei unter den augenblicklichen Umständen kaum denkbar. Zur Wiedervereinigung meine er, daß die amerikanischen Auffassungen sich kaum von den französischen unterschieden. Dann gebe es noch das Verhältnis mit Amerika, das in großem Maße mit dem deutschen Verhältnis zu Amerika zusammenhänge. Die beiden beeinflussten sich gegenseitig und unter keineswegs glücklich zu nennenden Umständen.

Der Herr *Minister* sagte, Couve de Murville sei in der Behandlung des letzten Punktes etwas summarisch verfahren und bat um nähere Präzisierung.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, an sich sei die Sache einfach. In den vergangenen 20 Jahren habe Amerika die Gewohnheit angenommen, in Westeuropa einen vorherrschenden Einfluß auszuüben und die Politik zu dirigieren. Wenn nun ein Land wie derzeit Frankreich es für notwendig halte, diesen Tatbestand zu verändern, mehr Bedeutung und gleichberechtigte Beziehungen zu verlangen, hätten die Amerikaner die Tendenz, die bestehende Situation aufrechtzuerhalten, und stützten sich auf die anderen gegen Frankreich.

Der Herr *Minister* erklärte, er wisse, daß dies oft generell gesagt werde, doch halte er es für der Mühe wert, die Tatbestände zu vertiefen und einmal darzu-

legen, wie man das Problem im einzelnen sehe, denn es sei wichtig und notwendig, einmal die Punkte festzustellen, von denen Couve de Murville sagte, daß sich Frankreich dadurch beschwert fühle. Man müsse feststellen, in welchem Grade es mehr psychologische bzw. effektive Faktoren seien und inwieweit es auf Frankreich bzw. Deutschland zutreffe. Seines Erachtens sei die Erörterung darüber bisher zu allgemein gewesen. Er möchte daher gern dieses Gespräch fortsetzen. Er halte es für wichtig, um die richtigen Antworten und politischen Erklärungen geben zu können und zu wissen, wo genau Frankreich eine Änderung für angemessen oder notwendig halte. Offen gesagt habe er das Gefühl, daß das Problem nicht so schwierig sei, wie es im allgemeinen aussehe. Vielleicht täusche er sich. Man solle daher die Fakten ansehen.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, im wesentlichen liege das Problem in der Atlantischen Organisation, und Frankreich habe ja bekanntlich die Absicht, diese Frage im nächsten Jahr aufzuwerfen.³⁴

Der Herr *Minister* sagte, er hätte den Eindruck gehabt, daß Frankreich auch an wirtschaftliche Aktivität und andere spezifische Fragen gedacht habe. Wenn dies nicht der Fall sei, beschränke sich das Gespräch praktisch auf die Atlantische Organisation.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, es gebe natürlich die allgemeinen Beziehungen und immer wieder spezifische Probleme, so z. B. Wirtschaftsfragen und Investitionen, die manchmal schwierig und ärgerlich seien. Diese Fragen hätten aber auf die große Politik keine besondere Auswirkung. Das einzig wirklich wichtige Problem sei die Atlantische Organisation.

Der Herr *Minister* bemerkte, nach französischer Auffassung beschränke also die heutige Organisation des Bündnisses die französische Bewegungsfreiheit in unerwünschtem Maße.

Außenminister *Couve de Murville* bestätigte dies.

Das Gespräch endete um 13 Uhr.

VS-Bd. 8514 (Ministerbüro)

³⁴ Zur französischen Haltung zur NATO vgl. zuletzt Dok. 377.

Am 9. November 1965 faßte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg Informationen des italienischen Botschafters Luciolli über ein Gespräch des französischen Außenministers mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, Bohlen, zusammen. Danach habe Couve de Murville erklärt: „1) Frankreich strebe keine Änderung des NATO-Vertrages an, auch nicht nach 1969. 2) Es bestehe kein französischer Plan für eine Reform der NATO. Die französische Regierung erwarte jedoch für spätestens 1969 Änderungen in der organisatorischen Struktur der NATO [...]. 4) Vor März 1966 wolle Frankreich in keine Verhandlungen über den NATO-Komplex eintreten. Die Verhandlungen würden etwa 2–3 Jahre dauern.“ Vgl. VS-Bd. 2497 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1965.